

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röttestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Rückblick auf den Bremer Verbandstag

F. K. Die sieben Tage von Bremen sind nun vorüber. Wir verlassen es nicht, ohne der unermüdblichen Gastfreundschaft der Bremer Kollegen zu gedenken. Nicht nur, daß sie für die technische Abwicklung des Kongresses vorzüglich vorgesorgt hatten, sie waren auch mit ungeschwächtem Eifer bemüht, die vielen Einzelwünsche zu erfüllen und den Abgeordneten die Freizeit nicht lang werden zu lassen. Der Eifer der Kollegen fand seinen gleichem in dem der Geschäftsführung und der Schriftleitung der Bremer Zeitschrift. Wir haben in Deutschland noch keinen Arbeiterkongress erlebt, von dem das örtliche sozialdemokratische Blatt eine so prompte und einwandfreie Berichterstattung fertigebracht hat. Von jeder Vormittags- und jeder Nachmittagsitzung war der Bericht eine bis zwei Stunden später in den Händen der Kongreßteilnehmer. Das ist in Anbetracht des technischen Standes der deutschen Arbeiterpresse eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Dank dieser Leistung war es der gesamten deutschen Gewerkschaftswelt möglich, die Kongreßverhandlung in nächster zeitlicher Nähe zu verfolgen, wodurch die Teilnahme an der Beratung lebendig gehalten wurde. In Karlsruhe, wo der nächste Verbandstag stattfinden wird, werden unsere Kollegen und Genossen ihre liebe Mühe haben, das in Bremen an Gastfreundschaft und Berichterstattung Gebotene zu übertreffen.

Damit den Kongreßteilnehmern der Aufenthalt in Bremen möglichst lange in angenehmer Erinnerung bleibe, sind für die drei große Veranstaltungen getroffen worden. Am Sonntagabend ein festlicher Empfang, am Montag eine gemütliche Zusammenkunft, am Donnerstag eine Dampferfahrt nach Helgoland. Über jede dieser Veranstaltungen ist nur Lob geäußert worden, das meiste aber wohl über die Helgolandsfahrt. Für manche, wenn nicht für die Mehrzahl der Kongreßteilnehmer, war diese Seefahrt ein Lebensereignis. Denn viele der Landratten sahen zum ersten Mal das Meer, das sich, glatt wie ein Ententeich, ihnen in seiner freundlichsten Verfassung zeigte. Die brennendste Fabrik- und Büroarbeit, verstopfte, verbrannten Lungen konnten endlich einmal, und das achtehn Stunden lang frische Seeluft atmen. Schade nur, daß es noch nicht allen Arbeitern vergönnt ist, jedes Jahr einmal für eine Seefahrt auszuspannen. Sie alle haben sie schon aus gesundheitlichen Gründen bitter nötig. Wie rücksichtslos reinigend eine Seefahrt zu wirken vermag, das kann mancher der Verbandstagsvertreter bezeugen. Schon nach ein paar Stunden Fahrt lösten sich in ihrem leiblichen Mittelstüß gewichtige Bestandteile — nicht nur Fabrikstaub — los und flogen, wie von einem unübersehbaren Druck befördert, hinaus ins Meer, in das schier unendliche. Und über diese Befreiung soll es, selbstamerweise, nicht einmal feöhlisches Entzücken, sondern stöhnende Klagen gegeben haben. Zum Glück ging die trübselige Begleiterstimmung der Seefahrt selbst an denen, die die Meptun den schwersten Tribut zu zollen hatten, auffallend schnell vorüber. Als sie den Fuß auf Helgoland setzten, war alles vorüber und auch schon wieder vergessen.

Es steht zu erwarten, daß man sich in den Orten, die künftig den Verbandstag beherbergen, bestreben wird, es der Bremer Kollegen gleichzutun, wenn sie wohl gar zu überbieten. Dies ist sicherlich recht anzuerkennenswert. Es sollte indessen darauf gesehen werden, daß damit die Zeit des Verbandstages möglichst wenig in Anspruch genommen wird. Wird inmitten der Verhandlungen ein Tag ausgesetzt, geht zu viel kostbare Zeit verloren, ganz abgesehen davon, daß es einige Zeit dauert, bis die Aussprache wieder im glatten Fluß ist. Gewiß sprechen Gründe dafür, eine Unterbrechung einzutreten zu lassen, denn es ist nicht jedermanns Sache, die eintägigen Ausstellungen, die eine wochenlange Verhandlung mit sich bringt, ununterbrochen mitzumachen. Allein nach Abwägung alles dessen, was für und gegen eine tagelange Unterbrechung der Verhandlung spricht, kommt mir zu dem Schluß, daß es für die Beratung wie für die daran Teilnehmenden selbst schließlich doch besser ist, die gewöhnliche Verhandlungszeit möglichst wenig zu unterbrechen und die Veranstaltungen, die eine Unterbrechung der Beratung mit sich bringen, lieber am Anfang oder am Schluß der Tagung vorzunehmen.

Größtmögliche Haushalten mit der Beratungzeit ist besonders jetzt notwendig, wo sich die Arbeiterchaft vor eine Anzahl von Problemen gestellt sieht, die der Lösung harren. Die mehr geschäftlichen Dinge, wie Tätigkeitsbericht, Statutenberatung, Beschwerden und dergleichen müssen unter allen Umständen erledigt werden. Die Zeit, die nach Erledigung dieser Dinge noch bleibt, sollte möglichst wenig gekürzt, nicht durch Unterbrechungen beeinträchtigt werden, um die großen, das ganze gewerkschaftliche Leben beherrschenden Angelegenheiten ausführlich und gründlich besprechen zu können, weil hierfür die Verbandstage, wenn auch nicht die einzigen, so doch die probatesten Gelegenheiten sind. Der mündliche Meinungsaustausch zwischen den gewählten Vertretern der Arbeiterchaft, das unmittelbare Aneinanderreihen der Ansichten über die Probleme und ihre Lösung wirkt überaus hehrachtend für die Erkenntnis wie das praktische Handeln. Für diese so nützliche und notwendige Auseinandersetzung aber bedarf es Zeit, die darum möglichst unverkürzt erhalten werden sollte. Jetzt ist es an Zeit, dann muß bei mancher wichtigen, der Klärung noch bedürftigen Sache die „Säge“ malken, daraus entsteht die Gefahr, daß die große Beratung der Organisation, der Verbandstag zu „geschäftsmäßig“ wird und das Gefühl des Unbefriedigtseins überhandnimmt. Das rein Geschäftsmäßige läßt sich natürlich auf keinem Verbandstag vermeiden, ist auch nicht nötig; aber sehr nötig ist auch, daß Zeit und Möglichkeiten dafür vermehrt werden, daß der Born der neuen Gedanken und der besten

gewerkschaftlichen Kampfmittel ungehemmt fließen kann. Diesen Born weit offen zu halten, dünkt uns besonders heute sehr notwendig, wo überaus gewichtige Probleme der Klärung bedürfen und der Lösung durch die Gewerkschaften harren. Es gilt, die kapitalistische Welt zu ändern, ins Sozialistische zu lehren. Das Wie und Wann ist eine Frage der Erkenntnis und des Könnens. Hierüber, besonders über das Letztere, hätte, wie wir glauben, noch mancher der Vertreter bei diesem oder jenem Punkte der Tagesordnung etwas Nützliches zu sagen gewußt, wenn das nicht durch den Debatteschluß, wozu die Kürze der Zeit zwang, verhindert worden wäre.

Jeder unserer Verbandstage nach dem Kriege hat sein besonderes Gepräge. Der Stuttgarter Verbandstag sah zwei Richtungen in schwerem geistigem Ringen. Welche von den beiden Richtungen schließlich gesiegt hat, braucht hier nicht gesagt zu werden. Zu Jena, das drei Richtungen sah, nicht mehr ganz den gleichen Meinungsstreit wie in Stuttgart, aber doch schon mit anderem Grund und Ziel, mit dem Ziel, die zwei stärksten Richtungen zu einigen. Zu Kassel wurden die Geister von der gerade beendeten Inflation und ihren Verheerungen in lebhafter Bewegung gehalten. Jedem dieser Verbandstage hat es an geistiger Lebendigkeit und ehrlichem Streben nach Höherem, nach Besserem nicht gefehlt. Im Vergleich zu diesen drei Tagungen war die sieben beendete, was den Meinungsstreit anbelangt, ziemlich ruhig. Dies mag mit darauf zurückzuführen sein, daß in Bremen die kommunistische Opposition zahlenmäßig wie rednerisch viel schwächer war. Sie hat es zwar nicht an Versuchen fehlen lassen, ihrer Meinung Geltung zu verschaffen. So beim Vorstandsbericht, den Kollege D i h m a n n in einer dreistündigen Rede erstattete. Dann auch bei den Darlegungen des Ingenieurs S c h ä f e r und des Professors Dr. H i r s c h über die metallindustriellen Umnwälzungen und Europas Krise. Über den Gegenreden der kommunistischen Kollegen blieb die Wirkung, die sie auf den früheren Tagungen hatten, diesmal verjagt. Dies hat verschiedentlich zu der Voraußsage geführt, auf dem nächsten Verbandstag werde es keine kommunistische Opposition mehr geben. Da das Prophezeien von jeher ein schlechtes Geschäft war, so wollen wir diese Sache der Zukunft zur Verantwortung überlassen. Wenn es wirklich der Fall sein sollte, so wären viel Kräfte und Zeit freigemacht, die nützlicher zur Klärung und Lösung der großen Fragen verwendet werden könnten, eine Notwendigkeit, deren Erfüllung beiden Richtungen, der gesamten Arbeiterklasse dient.

Auch wenn die kommunistische Opposition nicht mehr da sein sollte, werden die künftigen Verbandstage nicht zu Sitzungen eines Vergnügungsvereins werden. Im Gegenteil, die sachliche Meinungsverschiedenheiten werden sich dann schärfer hervortreiben und in schärfer, aber sachlicher Weise ausgetragen werden, was wiederum der Arbeiterklasse nur zum Vorteil gereichen muß. Es wird dann wieder so werden, wie auf den Verbandstagen der Vorkriegszeit, wo eine grundsätzliche Gleichgültigkeit der Kollegenchaft mit Wort und Will und Geist miteinander darum rang, wie die Sache des Proletariats am ehesten zu fördern, zum Siege zu bringen ist.

Wieviel neue Fragen jeder Tag der Gewerkschaftsbewegung stellt und welche gewaltigen Probleme sie zu lösen hat, wurde schon in dem Bericht des Kollegen D i h m a n n, dann noch nachdrücklicher in den Vorträgen des Ingenieurs S c h ä f e r und des Prof. Dr. H i r s c h gezeigt. Beim Nachlesen der beiden Vorträge wird man eine lange Reihe von Gedanken, Hinweisen und Anregungen finden. Auch wer von den Kollegen nicht viel neues in den beiden Vorträgen zu entdecken vermag, der wird ihre Wichtigkeit für die gewerkschaftlichen Bestrebungen nicht bestreiten können, eine Wichtigkeit, die aus der planmäßigen Aneinanderreihung der Tatsachen und deren Folgerungen gegeben ist. Wäre der daran anknüpfenden Aussprache mehr Zeit oder Möglichkeit vergönnt gewesen, so wären die beiden Vorträge von den gewerkschaftlichen Praktikern sicherlich nach dieser oder jener Seite erweitert oder vervollkommen worden.

Fragen, die den Gegenstand der beiden Vorträge bildeten, stehen ja schon seit Jahr und Tag auf der Tagesordnung der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit. Sie werden da noch länger stehen, inwiefern die Aussprache über diese Probleme ja eigentlich erst begonnen hat und noch des Durchdenkens, der Vertiefung und schließlich und vor allem der Verwirklichung bedürfen. Hieran wird der D M V, die größte Gewerkschaft, in hervorragendem Maße teilzunehmen haben. Vornehmlich ihre erfahrenen Praktiker, denen ja schließlich auch die größte Aufgabe zufällt, wenn die Gedanken verwirklicht werden sollen. Freilich, die Praktiker, denen eine lange Erfahrung und Überlieferung eigen ist, müssen, soll das Werk gelingen, durch ernstlich strebende, sachlich denkende Jugend ergänzt werden. Zu der Erfahrung und der Überlieferung muß sich Unternehmungslust, Initiative, Kühnheit im Denken und Handeln fügen. Wer zu neuen Gedanken und neuen Wegen berufen ist, darf nicht sehr von der Last des Erlebten, des Vergangenen beschwert sein. Diejem Erfordernis entspricht eben in erster Linie die Jugend. Sie war auf diesem Verbandstage nicht in dem wünschenswerten Maße vertreten. Das ist zu beklagen. Und mit dem Bedauern sei der Wunsch ausgedrückt, die Jugend viel mehr noch in die Gewerkschaftsarbeit hineinanzuziehen. Denn sie hat noch ein volles Leben zu leben und hat das Werk fortzusetzen, das die Alten begonnen und das sie, wie ein Vergleich der Zustände von einst und jetzt zeigt, ein erschrecklich Stück vorwärts gebracht haben. Auf diesem Vormarsch war der Bremer Verbandstag ein Meilenstein, ein Markstein, über den bis zum nächsten Verbandstag weit hinauszukommen unter Wille, unsere Aufgabe ist

Sitzungsbericht

Es folgt die Aussprache mit der auf 10 Minuten beschränkter Redezeit.

Niederkirchner (Berlin) betont, daß die Hauptkraft der Organisation auf Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse verwandt werden müsse. Das sei nur möglich durch eine selbständige Klassenpolitik der Arbeiter. Das Rußlandproblem müsse in der Metallarbeiterzeitung mehr behandelt werden. Eine wahre Darstellung der Verhältnisse in Rußland sei viel wichtiger, als Artikel über Amerika. Es sei unverständlich, daß man eine ablehnende Haltung gegenüber der Entsendung von Rußland-Delegationen einnehme. Der Redner tritt weiter für einen Berliner Antrag ein, der verlangt, daß zentralpraktischer Herbeiführung der internationalen Gewerkschaftseinheit eine Konferenz der Vorstände des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam und der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau einberufen werde.

Schäfer (Leipzig) tritt dafür ein, daß die Tarifgebiete so klein wie möglich gestaltet werden müßten und die Bewegungsfreiheit der Kollegen so groß wie möglich. Er wundert sich, daß der Vorstand mit allen Mitteln bestrebt sei, für das Heizungsgebiet einen Reichstarif zum Abschluß zu bringen. Habe man einmal ein solches Werkkommen, so komme man nicht davon los, selbst wenn die Heizungsmonitore zu 100 vH organisiert seien. Mit Hilfe des Schlichtungswesens werde jeder Streik unterbunden. Der erweiterte Beirat habe schwere Bedenken gegen die Einführung eines solchen Reichstarfs geäußert.

Loß stellt gegenüber dem Vordredner fest, daß eine Reichskonferenz der Heizungsmonitore 1924 in Hannover den Vorstand mit übergroßer Mehrheit erneut beauftragt habe, einen Reichstarif für die Heizungsindustrie abzuschließen. In der Beiratsitzung sei nicht grundsätzlich beschlossen worden, niemals einen Reichstarif für eine Branche oder Gruppe abzuschließen. Deshalb habe der Vorstand, als die Unternehmer um Verhandlungen nachsuchten, diese nicht abgelehnt, habe aber von vornherein festgelegt, daß das Ergebnis der Verhandlungen einer Urabstimmung der Kollegen zur Entscheidung vorgelegt werden müsse. Demokratischer könne der Vorstand nicht handeln. Die sozialen Bestimmungen des vereinbarten Vertrags könnten sich sehen lassen. In vierzehn Tagen werde das gedruckte Material den Kollegen unterbreitet werden können, die dann, ebenso wie die Unternehmer, über die Annahme oder Ablehnung des Tarifs zu entscheiden hätten.

Es erregt das Wort der Vorsitzende des D M V Leipzig und geht auf die Ausführungen Enderles ein. Es trifft nicht zu, daß der D M V sich dafür ausgesprochen hat, daß Tarifverträge mit einer längeren als achtstündigen Arbeitszeit abgeschlossen würden. Der Abschluß von Tarifen ist bekanntlich Sache der einzelnen Verbände. Vertreter des D M V haben lediglich gegenüber der Behauptungen der Unternehmer, daß die Gewerkschaften den schematischen Achtstundentag verlangen, die Tariffrage festgestellt, daß die Tarifverträge die Möglichkeit offen lassen, daß in dringenden Notfällen auch Überstunden gemacht werden. Das hat Enderle jedenfalls verwechselt. Wenn sich die Denkschrift des D M V für eine Rationalisierung ausgesprochen hat, so natürlich nicht für eine Rationalisierung im Sinne der Unternehmer, also lediglich auf Kosten der Arbeiter. Aber für die Verbesserung der technischen und organisatorischen Einrichtungen der Betriebe sind die Gewerkschaften seit jeher eingetreten unter der Voraussetzung, daß dadurch auch bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeiterchaft ermöglicht werden. Die von Enderle erwähnte Besprechung mit den Unternehmern ist auf deren Aufforderung zustande gekommen, nachdem wir in einem Briefe an die Unternehmervereinigung sinnlose Entstellungen unserer Denkschriften zurückgewiesen hatten. Sollten wir uns etwa feige vor einer solchen Aussprache zurückziehen? In dieser Besprechung habe ich tatsächlich den Standpunkt vertreten, daß die Gewerkschaften nicht nur einseitige Arbeiterinteressen, sondern stets auch allgemeine Volkinteressen wahrnehmen. Sollen wir uns etwa auch den Vorwurf machen lassen, den wir mit vollem Recht gegenüber den Unternehmern erheben, daß sie nur ihre privatwirtschaftlichen Interessen vertreten, ohne an das Volkwohl zu denken! Wer vertritt denn die Volkinteressen, etwa das Bürgerturn, die Kapitalisten? Nein, das haben wir stets für uns in Anspruch genommen und jetzt macht man uns das zum Vorwurf. Der Hauptvorwurf des Kollegen Enderle ging dahin, die ganze Gewerkschaftsbewegung gehe von völlig falschen Grundannahmen aus, wir seien die Reformisten und glaubten daran, daß der Kapitalismus sich reformieren lasse; er müsse aber gestürzt werden und dazu müßten wir unsere Grundannahmen ändern. Wenn man das so hinnimmt und sich überlegt, was damit eigentlich gesagt sein soll, so muß man doch zu der Folgerung kommen: solange der Kapitalismus noch nicht gestürzt ist, müssen wir die Hände in den Schoß legen und warten, bis er gestürzt ist! Enderle hat sich auch auf Marx berufen. Aber Marx hat auch gesagt, wir müssen erst durch den Kapitalismus hindurch, ehe wir zum Sozialismus kommen können. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung besteht nun seit mindestens 50 Jahren, wenn wir von den Vorläufern ganz absehen wollen, und in diesen Jahrzehnten hat sich die Grundannahme über die Aufgaben der Gewerkschaften nicht geändert. Was uns heute zum Vorwurf gemacht wird, trifft also gleichzeitig die Gewerkschaftsarbeit in den ganzen vergangenen Jahrzehnten. Das wäre danach alles falsch gewesen. Ich glaube, daß es nicht viele Mitglieder in den deutschen Gewerkschaften gibt, die zugeben werden, daß unsere in den vergangenen Jahrzehnten geleistete Reformarbeit falsch gewesen sei. Zum mindesten wird niemand behaupten wollen, daß sie vergeblich war, und darauf kommt es doch an. Wir leisten allerdings in der Hauptsache Reformarbeit, indem wir Tagesarbeit leisten. Aber wir begnügen uns keineswegs mehr mit den kleinen Reformen, die wir in der Vergangenheit als Forderung aufstellten und durchführen konnten, sondern wir verlangen heute schon ganz anderes. Wir verlangen die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie, die Mitbestimmung der Vertreter der Arbeiter in der Betriebsführung. Also unsere Reformarbeit wird uns in der Zukunft auch größere Fortschritte bringen, unter der Voraussetzung, daß die Gewerkschaften selbst stark und mächtig bleiben und ihre Aufgaben erfüllen. (Lebhafte Beifall.)

Saeßlow (Berlin) tritt für verstärkte Förderung der Jugendbewegung ein. — Auf die Frage D i h m a n n s, ob ich bereit bin, mich dafür einzusetzen, daß der politische Fader aus der Jugendbewegung verschwindet, erwidere ich: politischer Fader hat innerhalb der Gewerkschaftsbewegung nichts zu suchen (Lachen). Aber unter politischem Fader verstehe ich nicht Auseinandersetzungen über den Weg, der im

Verbande einzuschlagen ist. In ruhiger, sachlicher Art (Zuruf: So wie Ihr!) soll man die Mitglieder entscheiden lassen, welchen Weg sie gehen wollen.

Glückseligkeit: Die Anträge, daß wir uns mehr der Jugendarbeit annehmen möchten, sind von vornherein dadurch distanzierbar, daß sie von einer Zentralstelle auftragsgemäß gestellt werden müßten. Man muß berücksichtigen, daß wir mit der Jugendarbeit erst 1924 wieder anfangen konnten. In jedem Ort eine Jugendabteilung zu gründen ist unbedenklich. (Sehr richtig!) Darum fordern wir im Grunde mit den übrigen Gewerkschaften, daß an den kleineren Orten Jugendabteilungen gegründet werden. Wir lassen uns in der Liebe zur Jugend von dem Kollegen Casflow wahrlich nicht überbieten. (Sehr wahr!) Gewiß sind wir alle nicht zufrieden mit dem, was wir haben, durchsetzen können, aber man muß die bestehenden Geminnungen berücksichtigen. Aber eine bessere Regelung des Wehringens haben wir mit der Spitzenorganisation der Metallindustriellen verhandelt. Wenn wir damit nicht durchgekommen sind, so hat es nicht an uns gelegen. Bedenken Sie, daß die wenigsten unserer eigenen Kollegen, wenn sie ihre Söhne in die Lehre bringen, sich vorher bei der Ortsverwaltung erkundigen. Sie wollen ihr Kind irgendwo unterbringen und nehmen dabei Bedingungen an, die keineswegs von uns gebilligt werden. Eine große Anzahl von Verwaltungen leistet auf dem Gebiet der Jugendbewegung und der Jugendfürsorge zweifellos Erhebliches. Eine große Versündigung an der Seele der Jugendlichen ist es gewesen, daß man sie politisch inhaltete, daß man die gefährlichen Kämpfe der Erwachsenen nicht von ihnen ferngehalten hat. (Sehr r.!) Wir müssen uns bei der Arbeit unter den Jugendlichen von höherer Gesichtspunkte leiten lassen. Im Laufe dieses Jahres denken wir daran, unsere Jugendfunktionäre zu einer Konferenz zusammenzubringen, um sie weiter zu schulen. (Bravo!)

Landgraf (Bremerhaven) bespricht die Lage der Erwerbslosen, die verurteilt sind, in der Obland- und Moorkultur zu arbeiten. Bei einer Befichtigung der Oblandkultur in Klein-Fredensbed bei Stade habe er schlimme Zustände vorgefunden. Selbst der Syndikus des Arbeitgeberverbandes, der an dieser Befichtigung teilnahm, gab zu, daß auf dieser Arbeit kein Mensch gezwungen werden darf. Es muß für menschenwürdige Unterkunft und Verpflegung dieser Arbeiter gesorgt werden. Der Lohn für diese Arbeit muß den Löhnen in der Stadt angeglichen werden. Dringend notwendig ist auch eine andere Regelung bei der Prüfung der Bedürftigkeitsfrage. Die Anrechnung des Verdienstes bei der Erwerbslosenfürsorge muß verschwinden. Unhaltbar ist auch der Zustand, daß unter Umständen eine vorübergehende Arbeit, die dem Unterhaltungsbedürfnis vom Arbeitsnachweis zugewiesen wird, dem Kollegen die Erwerbslosen-Unterstützung entzieht, wenn er nämlich dann nicht nachweisen kann, daß er in den letzten 12 Monaten ein Vierteljahr lang eine versicherungspflichtige Tätigkeit ausgeübt hat. Nicht überzeugt, daß der Vorstand alles tun wird, damit diese Mißstände auf gesetzlichem Wege aus der Welt geschafft werden. (Bravo!)

Rönig (Berlin): Die Ausführungen Leipzigs bestätigen das, was in einem Werke von Karl Joling, unter Zustimmung der Gewerkschaften ausgeführt ist, daß nämlich die Arbeiterklasse ein Teil des kapitalistischen Systems und daher der Untergang dieses Systems auch ihr Untergang sei. Darum habe die Arbeiterklasse die Pflicht, durch ihre Einordnung in dieses System die Herbeiführung des gesamtgesellschaftlichen Zusammenbruchs herbeizuführen. Das heißt also: Hüte dich, das kapitalistische System zu Fall zu bringen! Mit Dankschreien wird nicht erreicht. Wir müssen die innigste Verbindung mit den Erwerbslosen herstellen und sie in unseren Verband eingliedern mit einem niedrigen Eintrittsgeld und einem niedrigen Wochenbeitrag.

Ulich (Berlin): Der Kollege Casflow kümmert sich erst seit einem halben Jahre um die Jugendbewegung, weil er an irgend einer Stelle jetzt angestellt ist, wo er beruflich diese Fragen zu bearbeiten hat. (Heiterkeit.) Vor allem muß die Jugend von politischen Auseinandersetzungen ferngehalten werden. (Sehr richtig!) In dieser Beziehung sind wir in der Berliner Jugendgruppe mit dem Kollegen Casflow nicht einig. — Was die Stellungnahme der sogenannten Opposition zum Geschäftsbericht anbelangt, so lerne ich meine Berliner Freunde hier auf dem Verbandstag gar nicht wieder. Was zu den Wahlen zum Verbandstag wurden in allen Versammlungen diejenigen, die im Verband tätig sind, heruntergerissen und man stelle in Aussicht, daß man auf dem Verbandstage grundsätzlich zu diesen Fragen Stellung nehmen werde. Heute hören wir aber nur ein laieses Stillsitzen. (Sehr richtig!)

In der Frage des Jubiläumens hat der Kollege Enderle sich auf den Berliner Parteitag bezogen, als er behauptete, es gebe Tarife mit 9, 10 und 12 Stunden Arbeitszeit. Er kann das aber nicht beurteilen, weil sein Büro zu weit vom Betriebe entfernt liegt. (Heiterkeit.) Wie ist denn in Berlin die Bestimmung des Tarifvertrages über die Arbeitszeit zustande gekommen? Als wir im Januar 1924 vor einem Diktat der Berliner Arbeitgeber standen, hat die Berliner Ortsverwaltung die Betriebsräte aufgefordert, sich unter keinen Umständen diesem Diktat zu fügen, sondern den Kampf aufzunehmen. Von 452 Betrieben stellten aber nur hundert die Arbeit ein. Damit wurde von vornherein der Bewegung das Rückgrat gebrochen. Unter dem Druck der Verhältnisse fand dann zum Abschluß des Tarifvertrages gekommen und nur zwei von allen Vertretern der Betriebe haben gegen den Abschluß gestimmt. In der Behauptung, die immer wieder in der Öffentlichkeit aufgestellt wird, daß die Betriebsräte Berlin Tarife von Metallarbeitern ausgehoben habe, stelle ich fest, daß vom Januar 1920 bis 12. Juli 1925 im ganzen nur 193 Kollegen ausgeschlossen worden sind. (Stark, stark!)

Kraus (Eutin) behauptet, daß die geringe Bedeutung der Kommunisten auf dem Verbandstag mit der Wahlkreisgeometrie bei den Delegiertenwahlen zum Verbandstag zusammenhänge. Wenn man einzeln zusammenarbeiten will, so sollte man erst die Voraussetzungen dafür schaffen, indem man einen Antrag auf Durchführung der Verhältniswahl einbringt. Erst dann, wenn die Möglichkeit geschaffen ist, daß jede Strömung innerhalb der Organisation, ohne die Gefahr des Ausschusses zu laufen, offen und frei ihre Meinung

zum Ausdruck bringen kann, sind die Voraussetzungen für die Einheit der Organisation geschaffen. (Beifall bei den Kommunisten.) Casflow (Dresden) hat für eine erhöhte Fürsorge für die Kurzarbeiter ein. — In der Lohnfrage sind tatsächlich Erfolge erzielt worden. Die Gewerkschaften im Industriegebiet haben eine verlängerten Arbeitszeit eingeführt, während mit den Stempel dagegen ausgenommen haben. Die Ausführungen Casflows über die Christlichen liefern diesen nur Material für ihre Agitation gegen uns. Casflow scheint diesen Vorschlag zu haben, daß wir ständig eine Jugendzeitung herausgeben. (Sehr gut!) Seine Ausführungen zeugen von einer vorher beschlossenen Opposition, aber nicht von Gewerkschaftsarbeit. Das immerwährende Schimpfen auf den ADGB fördert unsere Interessen nicht. Ich habe vor dem Krieg in Berlin acht Jahre bei Schwarzlepp gearbeitet, da waren 20 bis 22 Kollegen organisiert. Jetzt habe ich in Berlin einen Leinwandhändler. (Lach. Zustimmung.) Das sind die Folgen, wenn in der Weise gewöhnt wird. — Zum Schluss bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen, wonach die Wahlen im Verband in Zukunft nur noch nach einer einheitlichen gewerkschaftlichen Liste stattfinden dürfen. Wir haben genug von den zwei Listen (sehr richtig!) und müssen wieder einen einheitlichen Zug in den Deutschen Metallarbeiter-Verband hineinbringen. (Bravo!)

Schulenburg (Helmstedt) mit Resolutionen bei Erwerbslosen-Versammlungen und Demonstrationen, die unerfüllbare Forderungen aufstellen, möge man den Arbeitslosen, sondern dadurch, daß man an den geeigneten Stellen das Möglichste für sie herausholt. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß die über 52 Wochen lang Arbeitslos gewordenen eine Zeitung wieder Gelegenheit zur Arbeit erhalten. Eine zu lange Arbeitslosigkeit zermürbt die Betroffenen. Es muß auch durch gesetzliche Bestimmungen dafür gesorgt werden, daß die lange Erwerbslosigkeit unter keinen Umständen die Anwartschaft auf ihre Rechte an die Invaliden- und Altersversicherung verlieren. Es wäre verkehrt, wenn wir uns grundsätzlich gegen die Einführung moderner Arbeitsmethoden im Betrieb sperren wollten. Aber der Vorstand sollte sein Augenmerk auf die Zustände bei der Hand- und Kleinarbeit richten, wo den Arbeitern Prämien angeboten werden, wenn sie ihre Leistung steigern. Hier sollte der Vorstand bestimmte Richtlinien herausgeben, damit nicht Zustände eintreten, die wir nicht mehr mehr wissen können. (Bravo!)

Lein (Helmstedt) betont die Notwendigkeit der Vereinheitlichung der verschiedenen Versicherungszweige. Es seien schon oft Beschlüsse in dieser Richtung gefaßt worden, aber es scheine maßgebende Persönlichkeiten im Verband zu geben, die ein Interesse daran hätten, daß diese Vereinheitlichung nicht zustandekäme. — In der Frage der Beitragszahlung und Unterstützungseinrichtungen sei die Opposition auf Grund der Erfahrung nicht mehr bereit, dem Vorstand und erweitertem Beirat eine Blankovollmacht zu geben, wie in Kassel.

Heiler (Helmstedt) verweist auf die Schwierigkeiten, die in einzelnen Bundesstaaten, speziell in Württemberg unter der Frau Bagille bei den einzelnen Schichten gemacht wurden, wenn es sich darum handele, für die Erwerbslosen oder Kurzarbeiter etwas herauszuholen. Man habe es in Württemberg leider nicht verstanden, die Verwaltungsbehörden so mit sozialistischem Geist zu durchsetzen, wie in Baden, Preußen, Sachsen und Thüringen. Weiter befürwortet der Redner Anträge, die fordern, daß der Vorstand auch in Zukunft die Arbeiter-Akademie in Frankfurt wieder mit Herrn bejehiden möge. Die Schaffung der Verbandsschulungsschule in Dürrenberg sei gewiß begrüßenswert, aber sie könne die Arbeiter-Akademie nicht ersetzen.

Schwigg (Helmstedt) Berlin: In der Frauenfrage im Verband hat der Kollege Dittmann kein Wort gesagt. Die Unternehmer spielen die Frauen zu ihrem Vorteil gegen die Männer aus. Ein verletzter Standpunkt ist es aber auch, wenn Arbeiter der Meinung sind, daß die Erwerbslosigkeit das Recht habe, in der Fabrik zu arbeiten. Der Verband hat unbedingt die Aufgabe, den Kampf gegen die Ausbeutung der weitaus meisten Arbeiter zu unterstützen. Bei Abschluß von Tarifen muß die erste sozialistische Forderung durchgesetzt werden: gleicher Lohn für gleiche Leistung. Die Rednerin befürwortet einen Antrag auf gleichmäßige Einbeziehung einer Reichsfrauenkonferenz, bei der Aufgabe haben sei, Richtlinien für die Agitation unter den Frauen aufzustellen und die damit verbundenen Frauen-Verbände vorzubereiten. Eine gewerkschaftliche Frauenzeitung sei überflüssig. Die Frauen sollten auch die Betriebsarbeit über die gewerkschaftlichen Fragen unterrichten werden. (Bravo!)

Der dritte Verhandlungstag beginnt mit der Entgegennahme des Geschäftsberichts Dittmann, da die anderen Vorstandsmitglieder auf ein Schreiben verzichteten.

Dittmann bringt zunächst unter lebhafter Zustimmung des Verbandstages den Kollegen Weisig und Siegel für ihre 25jährige Tätigkeit als Vorstandsmitglieder resp. Mitglied des Ausschusses den Dank und die Anerkennung des Verbandstages zum Ausdruck.

In dem zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträgen empfiehlt Dittmann vor allem die Beschließung des Beschlusses (409) zur Annahme, die wie folgt lautet:

Die heutige Arbeiterklasse schaut auf harte Jahre zurück. Nachdem sie alle Leiden der Inflation ertragen, ging das Unternehmertum nach dem Zusammenbruch Ende 1923 zum gemeinsamen Angriff vor, um das Wohlstandsgesetz zu beseitigen und die Rechte der Arbeiter wieder zu schmälern. Verlängerte Arbeitszeit und niedere Löhne stellen die heutige Arbeiterklasse zur „Sejandung“ bringen. In gleicher Weise werden die Arbeiter durch die Steuererhöhungen und Hochschulden zu Grunde gerichtet. Diese soziale Politik hat die seit Ende 1925 andauernde Erwerbslosigkeit erheblich verschärft. Unter ihren Folgen leidet die Arbeiterklasse sehr. Millionen sind arbeitslos, weitere Millionen nur als Kurzarbeiter beschäftigt. Einseitig und oft von brutaler Härte diktiert, wurden Arbeiter und untere Angestellte in großen Massen entlassen, während bei den besserbezahlten höheren Beamten und Funktionären ein Abbau zunächst unterließ, obwohl deren hohe Gehälter vielfach in keinem Verhältnis zur Belegschaftsziffer steht und in der Arbeitslosigkeit eine erhebliche, die Produktion verteuernde Steigerung erfolgt.

Die Unternehmern sind bemüht, alle Unbill der Krise auf die Arbeiterklasse abzumwälzen, die Betriebsräte weiter zu brüden und rief-

sichtslos all die Maßnahmen durchzuführen, die sie mit dem Schlagwort „Nationalisierung“ bezeichnen.

Die freien Gewerkschaften haben sich nie gegen technische Fortschritte gewandt. Die freien Gewerkschaften haben auch im letzten Jahrzehnt immer wieder auf die vielfachen Mängel in der deutschen Wirtschaft hingewiesen, eine bessere Betriebsorganisation und moderne Maschinen zur Erleichterung für die menschlichen Arbeitskräfte, zur Steigerung der Produktivität und zur Erzielung eines höheren Verdienstes bei kürzerer Arbeitszeit für die Arbeitnehmer verlangt.

Aber diese sozialen und im Interesse der Wirtschaft liegenden Forderungen geht das Unternehmertum jedoch glatt hinweg, nur seinen Profit und seine Machtinteressen verfolgend.

Die Klassengegensätze treten immer schärfer hervor. Weniger denn je hat die Arbeiterklasse Ursache, irgendwie die Frage der Arbeitsgemeinschaften erneut aufzuwerfen. Es ist zu begrüßen, daß die Spitzenleitungen der freien Gewerkschaften Deutschlands 1924 ihren Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft vollzogen haben.

Weitgehende Klassenolidarität aller Hand- und Kopfarbeiter und Arbeiterinnen ist zwingendes Gebot, ebenso unverbrüchliche Solidarität aller noch in Arbeit stehenden mit den Erwerbslosen wie umgekehrt im gleichen Sinne.

Anerkennend die im Interesse der Krisenopfer gelegenen steten Bemühungen der Verbandsfunktionäre und des Vorstandes fordert der Verbandstag von Regierung und Gesetzgebung:

- 1. eine ausreichende Unterstützung, die allen arbeitslos gewordenen Arbeitnehmern für die volle Dauer ihrer Erwerbslosigkeit eine Existenz gewährt;
- 2. eine Kurzarbeiterunterstützung für jeden ausgefallenen Arbeitstag in Höhe der Sätze, die der einzelne bei Vollbeschäftigung beziehen würde;
- 3. umfassende Maßnahmen, um der Krise entgegenzuwirken und die Erwerbslosen in Arbeit zu bringen, sowie beschleunigte Durchführung des am 28. Juni d. J. vom Reichstag angenommenen Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Der Einführung einer Arbeitslosenversicherung kann nur dann zugestimmt werden, wenn damit eine Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge im allgemeinen erreicht und eine Reduzierung der Unterhaltungsbezüge der schlecht entlohnten Arbeitnehmerkategorien verbunden wird. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die in Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen notwendigen Mittel zu einer ausreichenden Unterstützung von Millionen von Erwerbslosen durch Versicherungsbeiträge allein nicht aufgebracht werden können. Reich und Länder haben daher die Pflicht, in solchen Zeiten die hierzu notwendiger Zuschüsse zu leisten.

Eine wirksame Interessenvertretung der wertvollen Volksmassen setzt die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte in einheitlichen Massenorganisationen voraus. Jeder einzelne muß dahin wirken, daß die Differenzen innerhalb der Arbeiterklasse zurückgedrängt und allerorts in aufrichtigem Eifer die proletarische Einigung angestrebt wird. Gemeinsame Klasseninteressen und die Erfüllung sozialistischer Zukunftsaufgaben müssen das Proletariat vereinen.

Die freien Gewerkschaften sollen alle Arbeitnehmer umfassen. International ist die Basis eines einheitlichen Zusammenschlusses der Gewerkschaften in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, für die Metallarbeiterverbände im Internationalen Metallarbeiterbunde gegeben.

Harte Kämpfe stehen uns bevor. Der Achtstundentag muß durcherobert, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse gebessert, ihre Rechte erweitert werden. Sind wir gewillt, in diesem Ringen alle proletarischen Kampfsmittel je nach Lage der Verhältnisse anzuwenden, so müssen wir es doch ablehnen, uns auf eines dieser Kampfsmittel festzuliegen. Die Wählung besonderer Kongresse kann der Verbandstag heute nicht beschließen. Kongresse können nicht Selbstzweck, sondern in bestimmten Situationen nur Mittel zum Zweck sein. Wollen wir den uns gestellten großen Aufgaben gerecht werden, ist die sachliche Mitarbeit aller Kräfte, das kollegiale Zusammenwirken sämtlicher Mitglieder und die Heranziehung der dem Verbande heute noch fernstehenden Metallarbeiter und -arbeiterinnen notwendig. Der Verbandstag fordert die Kollegen und Kolleginnen im Lande auf, in diesem Sinne zu wirken.

Wenn ferner ein Antrag will, daß Betriebsräte, die Mitglieder eines Aufsichtsrats sind, während ihrer Amtsdauer als Aufsichtsrats zu einem Sonderkurs nach Dürrenberg berufen werden, so ist das bereits vom Vorstand vorgeesehen.

Zur Frauenfrage bitte ich, folgenden Antrag Berlin anzunehmen: Die Spezialisierung der Arbeitsverfahren (Spezialarbeit) in der Metallindustrie hat dahin geführt, daß Arbeiten, die früher gelernte Arbeiter, Mechaniker usw. verrichteten, heute vorwiegend von Frauen ausgeführt werden. Die technischen Verbesserungen im Produktionsprozeß haben also eine weitere Steigerung der Frauenarbeit bewirkt. Da es nun von jeher das Bestreben der Unternehmer war, die Frauensöhne möglichst niedrig zu halten, muß bei allen Tarifverhandlungen der alte sozialistische Grundsatz „für gleiche Arbeit gleicher Lohn“ durchgeführt werden. Um den Konkurrenzkampf zwischen der männlichen und weiblichen Arbeitskraft, der von den Unternehmern zu einem ständigen Lohndruck ausgenutzt wird, zu verhindern, muß bei Abschluß von Tarifen ein zäher und energischer Kampf einsetzen, um die Beseitigung der Differenz zwischen den Löhnen der Männer und Frauen herbeizuführen.

Alles andere, was die Anträge zur Frauenfrage anregen, bitten wir dem Vorstand zu überweisen. Der Vorstand ist sich mit dem Verbandstage durchaus bewußt, wie notwendig es ist, den Arbeiterinnen die allergütigste Aufmerksamkeit zu schenken, und wir sind willens, bei unseren Bildungsanstaltungen wie auf allen anderen Gebieten der Agitation und der Aufklärung für die Interessenvertretung der Arbeiterinnen das Menschlichste zu tun.

Was zur Gewerkschaftseinheit zu sagen ist, steht in der oben zur Annahme empfohlenen Entschließung 409.

Zur Frage der Industrieverbände will ich noch hervorheben: Die Verbandsfunktionäre haben auf Grund der Beschlüsse des Verwaltun-

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. E. Neugebauer (Helmstedt, Westf.)

Neuere Dampfmaschinen

Nur auf wenigen Gebieten der Technik haben sich so grundlegende Änderungen gezeigt wie auf dem der Dampfmaschine. Der früher das Reichthum ein dominierendes, nachschöpfendes Gebilde, in dem sich die Schwerkraft zeigte, die Schwerkraft in der Hand, die Erzeugung beider und die Rollen parallel verlaufend, so besteht es heute aus vielen, gemeinsamen Teilen, in denen sich alle die Fortschritte unserer Zeit wiederfinden: Wasserpumpe, Überhitzer, Erwärmer, Aufsteiger, Wanderröhre, Kohlenstaubbrenner, künstlicher Zug usw., das sind die heute wichtigsten Bestandteile, die durch die Temperatur und den Kohlenstoffgehalt der Abgase aufsteigen, den Wasser- und Kohlenstaubbrenner sowie die Wärme des erzeugten Dampfes abgeben und die Wirkungsleistung des Betriebes, die gegen früher ganz erheblich gestiegen ist, zu überdecken gestalten. Die aus besten eingetragenen Materialien sind man in den neuen Dampfmaschinen, die im Vergleich zu früher eine immer größere Bedeutung gewinnen und die Erzeugungskapazität für die Stromerzeugung immer mehr zu erweitem fähig. Sie erzeugen dies einzeln durch Verwendung immer größerer Zylinder und Zylinderhöhen sowie mehr und mehr aufeinander abgestimmter Bauteile, dann aber auch durch die Wahl eines immer höheren Dampfdruckes. Obwohl der Dampfdruck, was Wirtschaftlichkeit anlangt, an der Spitze aller Dampfmaschinen steht, so kommt er doch für große Ventile nicht in Frage, weil er nur für Einzelzylinder von einigen hundert Kilowatt ausreicht ist und, bezogen auf die Einheit der Leistung, immer ansteigt. Die Dampfmaschine hingegen wird jetzt schon in Größen bis zu 50000 und selbst 200000 Kilowatt ausgeführt und wiegt bei Belastung hohe Tonnagen von noch einige wenige Kilogramm je gewöhnliche Pferdekraft. Das größte Kraftwerk der Welt ist die Edison Company in Chicago, die über eine Leistung von 300000 Kilowatt verfügt. Als zweites größtes Kraftwerk ist das in der Erzeugung berühmte Kraftwerk in

Kansas bei Berlin zu erwähnen, das nach völligem Ausbau der Leistung von etwa 600000 Kilowatt aufweisen dürfte. Weltweit ist das größte Kraftwerk in den Vereinigten Staaten eine ganz neue zu werden. Eine einzige 50000 Kilowatt-Turbine erfordert jährlich eine Dampfmenge von 190000 Kilogramm. Das den Dampfdruck anlangt, so war noch vor 10 Jahren einer von 12 bis 15 Atmosphären in der Dampfmaschine allgemein üblich. Heute ist ein Druck von 5 Atmosphären nicht ungewöhnlich. Die Reifel des Dampfdruckes werden mit 35 Atmosphären betrieben werden, und in der großen Elektrizitätswerke in Chicago und Boston sind bereits Dampfmaschinen für 65 Atmosphären in Benutzung. Es wurden von einer Schweizer Firma geliefert, die große Erfahrungen in der Herstellung von Dampfmaschinen für die chemische Industrie besitzt und vor einiger Zeit bereits einen 12 Meter langen, etwas über 1 Meter im Durchmesser wehenden Zylinder von 10 Zentimeter Wandstärke herstellte, der einen Dampfdruck von 720 Atmosphären aushieft.

Die oben erwähnten Dampfmaschinen wurden aus einem einzigen Stückel hergestellt, bei 100 Tonnem Gewicht besaß zunächst jede von der Höhe auf etwa 2,5 Meter im Durchmesser ab und enthält dann aus dem Innern einen Kern von 58 Zentimeter Lichter Reife, wenn man durch aufeinanderfolgende Operationen den so beschriebenen Zylinder zu einem Zylinder von 12 Meter Länge und 2,5 Meter Durchmesser einseitig. Die Wandstärke ergab sich dann zu 16 Zentimeter. Für solche Arbeitsverfahren sind nur einige wenige Firmen eingerichtet. Die Verfahren zeigen recht deutlich, welche Anforderungen an die Fertigung der Dampfmaschinen gestellt werden. Erwähnt hier, daß Dampf auf der letzten technischen Messe in Leipzig sogar eine Dampfmaschine für 150 Atmosphären ausgeführt hatte, der verbrauchte in der Herstellung in Betrieb genommen werden soll. Im Laufe der letzten Jahre ist übrigens, wie wir einer amerikanischen Statistik entnehmen, der Bedarf an Dampfmaschinen, die zur Erzeugung einer Kilowattstunde benötigt werden, immer weiter gewachsen. Während beispielsweise in Europa Verbrauchszahlen von 200 bis 600 Kilowattstunden genügt Werte darstellen, ist jenseits des Ozeans der Bedarf mit 340 Einheiten erzielt worden. Legt man

nun für die weitere Betrachtung eine gute Eintröble vom Gewicht 7000 Kilowattstunden zugrunde, so ergibt sich, daß zur Erzeugung einer elektrischen Arbeit von einer Kilowattstunde in diesem Kraftwerk nur noch ein halbes Kilogramm Kohle notwendig ist.

Elektrische Neuheiten

Eine beachtenswerte Neuerung ist die N i n l a m p e, die äußerlich ganz einer gewöhnlichen Metalladendlampe gleichend, in Reibzuständen von einigen Sekunden von selbst aufleuchtet und erlischt. Der zur Ausführung der Schallbewegung erforderliche Winkelapparat ist so winzig, daß er im Lampenfuß eingebaut werden konnte. Die neue Ninklampe, die sich in der Form sowohl als auch in der Abmessung und auch in der Handhabung von einer der üblichen Glühlampen nicht unterscheidet, ist überall dort am Plat, wo man durch abwechselndes An- und Abschalten des Lichtes besondere Beleuchtungswirkungen erzielen will, so zum Beispiel in Schaufenstern, in denen schillernde oder glänzende Gegenstände ausgestellt sind. Manchesmal lassen sich auch zum Nachen reichende Wirkungen erzielen, indem man die Ninklampe, die in allen Farben geliefert wird, im Innern von Akkord anbringt, so zum Beispiel im Innern eines Rohres oder einer schwarzen Kasse, deren Augen dann im Dunkel dauernd blinken. Eine andere Neuheit auf beleuchtungsstechnischem Gebiet stellt das N i c h t l i c h t dar, eine röhrenförmige Metalladendlampe, die leicht an jeder Maschine anzubringen ist und ihr Licht hauptsächlich an die Stelle wirft, wo genäht wird. Das Nichtlicht hat sein Vorbild vornehmlich in der amerikanischen Verleuchtung. Die Amerikaner haben schon frühzeitig die Vorteile einer blendungsfreier Beleuchtung erkannt. Nicht der ganze Arbeitsraum soll leuchtend sein, sondern nur die Stelle, auf die der Arbeiter dauernd sein Augenmerk zu richten hat. Die leichte Limonadenflasche der elektrischen Energie in Wärme hat jüngst eine Firma dazu geführt, einen elektrischen W e k t o r e n aus Porzellan herauszubringen, der in manchen Haushalten, in Säuglingsheimen, Sanatorien, Hotels u. dergl. von Nutzen sein dürfte. Nachdem die Wärmeleistung 15 Minuten eingeschaltet ist, wird der mit dem Betrücker röhrenförmige Leiter heraus-

Gewerkschaftskongressen jetzt darauf zu achten, daß nicht in falscher Profiteilmacherei und in falscher Verpöpfung auf den Dreschner Beschluß von einem Teil der Verbände die Metallarbeiter uns entzogen werden.

Die Anträge zur Jugendfrage bitten wir dem Vorstand zu überweisen, auch auf die Gefahr hin, daß uns noch einmal der Vorwurf gemacht wird, wir hätten für die Jugendlichen nicht alles getan, was notwendig wäre.

Die Anträge zur Sozialpolitik bitte ich dem Vorstand zu überweisen. Zur Annahme empfehle ich folgenden Antrag, der eine brennende Frage in den Vordergrund stellt:

Da durch die fortgesetzte Konzentration der Montanindustrie immer neue Kräftegebilde, wie die Vereinigten Stahlwerke, entstehen, wird die Grundlage der Vertreter der Arbeiter in den Industrie-Kongressen völlig zu deren Ungunsten verschoben.

Daß irgendein Gewerkschaftsführer gegen die Vereinheitlichung der Sozialversicherung wäre, wie Klein behauptete, trifft nicht zu.

Für Delegationen nach anderen Ländern sind wir, wenn die sachliche Notwendigkeit gegeben ist. Für die Entsendung einer Kommission nach Rußland müßten aber erst die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Den Antrag auf Entsendung Kummers nach Amerika kann der Vorstand nicht zur Annahme empfehlen, nachdem er vorher die Beteiligung eines Vorstandsmitgliedes an der Amerikadelegation des Internationalen Metallarbeiterbundes mit Rücksicht auf die Finanzen des Verbandes abgelehnt hatte.

Die Frage einheitlicher Gewerkschaftskriterien wird bei Feststellung des Wahreglements vor dem nächsten Verbandstag erneut zu prüfen sein. Ein Antrag will, daß das Ausschlußverfahren nur durch Statut, nicht durch Beschlüsse des Verbandstages geregelt werden kann.

Den korporativen Beitritt zur internationalen Arbeiterhilfe bitten wir abzulehnen, da sie nach den bisherigen Ergebnissen nicht als eine neutrale Hilfsorganisation bezeichnet werden kann.

Die Anträge in bezug auf die Wiederaufnahme ausgeschlossener Mitglieder bitte ich abzulehnen. Der Vorstand hat auch in den letzten Jahren in einer ganzen Reihe von Fällen früher ausgeschlossene Kollegen wieder in den DMB aufgenommen.

Zur allgemeinen Aussprache stelle ich fest, daß auch der Kollege Enderle ausdrücklich anerkannt hat, daß der DMB 1925 ganz ansehnliche Lohnhöhungen für seine Mitglieder durchgesetzt hat.

und die Flasche, die nun genügend Wärme aufgespeichert hat, ins Bett gelegt. Als weitere Neuheit seien die Installations-Selbstschalter noch erwähnt, die äußerlich einem Sicherungsstapel ähnlich sehen, vorteilhaft anstelle der Sicherungen zu verwenden sind.

Die industrielle Bedeutung des Bleiakkumulators ist heute so groß und jede Verbesserung, und sei es auch die kleinste, so erwünscht, daß Neuerungen auf diesem Gebiet immer Teilnahme begegnen.

Die industrielle Bedeutung des Bleiakkumulators ist heute so groß und jede Verbesserung, und sei es auch die kleinste, so erwünscht, daß Neuerungen auf diesem Gebiet immer Teilnahme begegnen. Es sei daher kurz auf einen Fortschritt etwas näher eingegangen.

was die rote Fahne oder die verschiedenen Parteileitungen der SPD in den letzten fünf Jahren von sich gegeben haben.

Zur Erwerbslosenfrage will ich nur noch feststellen: Es gibt keine Arbeit, die wir im Laufe des letzten Jahres mit mehr Liebe, Sorgfalt und Müheverwaltung übernommen hätten, als die rote Arbeit für die Opfer der Krise.

In der Frage der Unterstützung der länger als 52 Wochen Erwerbslosen haben wir auf eine nachdrückliche Beschwerde darüber, daß noch keine Anweisungen an die Arbeitsämter zur Weiterzahlung der Unterstützung ergangen seien, soeben ein Schreiben des Reichsarbeitsministeriums erhalten, wonach die Frage jetzt mit größter Beschleunigung erledigt werden soll.

Zu dem Vorschlag, unsere Gesamttätigkeit sei reformistisch, will ich noch sagen: Auch unsere besten proletarischen Vorkämpfer, wie August Bebel oder der alte Liebknecht, die Sie sicher nicht zu den Reformisten zählen wollen, haben als revolutionäre Sozialisten den größten Wert darauf gelegt, auch in der Tagesarbeit, im Tageskampf sich aller kleinen Räte der Arbeiter anzunehmen.

Ich komme zum Schluß: Stellt eure Arbeit so ein, daß sie übereinstimmt mit den Zielen, dem Denken und Sehnen der Arbeiter, dann gewinnt ihr das nötige Vertrauen. Uns alle trägt die Liebe zum Proletariat, der Glaube und die Hoffnung, daß wir trotz der schwersten Wirtschaftskrise aus dem Dunkel der Gegenwart hinauskommen ins Licht der Freiheit.

In der nun folgenden Abstimmung wird die Entschließung Meß und Genossen mit 155 gegen 28 Stimmen angenommen. — Einige Anträge der Kommunisten werden in namentlicher Abstimmung, auf die die Antragsteller trotz der zweifelhaften Mehrheitsverhältnisse bestehen, abgelehnt.

Der Rest des Tages wird ausgefüllt mit zwei großen Vorträgen über Wirtschaftskrisen.

Zunächst referiert über Umwälzungen in der Eisen- und Metallindustrie

Regierungsbaumeister a. D. Dipl.-Ing. Schäfer: Will man zu den offensichtlichen Umwälzungen, denen unser Wirtschaftsleben unterworfen ist, insbesondere das Sie vorzugsweise interessierende Gebiet der Eisen- und Metallindustrie Stellung nehmen, um sich über Auswirkungen und Folgen dieser Umwälzungen klar zu werden, so kann man eines kleinen historischen Rückblicks nicht entbehren.

Man hat das 19. Jahrhundert das industrielle Jahrhundert, das Jahrhundert der Technik und der Maschine genannt, ohne damit mehr als eine Erscheinungsform zu kennzeichnen. Geht man zurück auf die ersten Wurzeln der Industrie, so führt uns die Betrachtung in die Zeit, in der das Frühstadium sich gegen die lokalen und territorialen Gewalten zur Herrschaft durchzusetzen und der moderne Staat entstand.

Ich habe Ihnen in Vorstehendem eine Schilderung des tatsächlichen Werdeganges gegeben, ohne damit eine Verherrlichung des kapitalistischen Grundgesetzes aussprechen zu wollen. Die Mitte des vorigen Jahrhunderts einsetzende lebhafteste industrielle Entwicklung blieb von Rückschlägen nicht verschont.

Das 19. Jahrhundert war nicht nur ein solches der Entwicklung maschineller Arbeitsleistung, sondern hat auch die Technik der wirtschaftlichen Organisation geschaffen, die ebenso beispiellos in der Entwicklung dasteht.

und damit rationelle Ausnutzung der bestehenden Werkanlagen und die Erhaltung eines Arbeiterstandes zu erzielen, entstanden nun jene Erscheinungen, die man als Kartelle und Syndikate bezeichnet. Wohl das älteste Syndikat im Gebiete der Eisengewinnung ist das Koblenzsyndikat. Die Tatsache, daß Syndikate vielfach privatkapitalistische Tendenzen zum Schaden der Allgemeinheit in den Vordergrund gestellt haben, läßt allerdings erkennen, daß ein an sich gesundes Mittel bei falscher Handhabung in das Gegenteil verkehrt werden kann.

„Syndikate seien Kinder der Not“

möchten die Erscheinungen recht geben; denn nachdem der Krieg und seine Folgen fast alle Zusammenkünfte auf dem Gebiete der Eisenindustrie zerfallen hatten, hat jetzt unter dem Zwange der Verhältnisse eine Syndizierung stärker als je Platz gegriffen. Dabei gewinnen die Verhältnisse auf dem internationalen Eisenmarkt zur Anbahnung und Festlegung internationaler Abmachungen. Von Seiten der verarbeitenden Industrie hat man die Vorgänge mit Misstrauen und Verfolgung verfolgt.

An dieser Stelle mag noch ein Wort über den deutschen Stahlmarkt angebracht erscheinen, dessen Entstehen neben der Verbandsbildung unser lebhaftestes Interesse in Anspruch nehmen muß. Die Aufgabe des Stahltrustes scheint mir besonders bedeutungsvoll, weil sie eine erhöhte Leistungsfähigkeit der Betriebe auf ihr Programm stellt.

Geben wir uns blüher mit den Umwälzungen organisatorischer und allgemeiner Art beschäftigt, so wollen wir nunmehr auf eine Reihe von Einzelzweigen der Wirtschaft eingehen, und bei der grundlegenden Bedeutung sei zunächst ein kurzer Blick auf den Bergbau gestattet.

Dieser Mangel an Absatz besteht, obgleich der Gesamtkohlenverbrauch innerhalb der heutigen Grenzen des Deutschen Reichs im Jahre 1925 in Steinkohlen umgerechnet nur um 9,4 Millionen Tonnen geringer war als im Jahre 1913.

Obwohl die Erscheinungen in Bayern geben zu denken Anlaß; Bayern verbraucht trotz seiner heutigen reichlichen Versorgung mit Wasserstrom dennoch erheblich mehr Kohle als im Jahre 1913, nämlich etwas mehr als 7 Millionen Tonnen gegenüber 5,8 Millionen Tonnen damals. In gleicher Weise muß auch angenommen werden, daß der Kohlenverbrauch im ganzen, trotz der ungleichen Kohlenverteilung, die zum Beispiel in der Großindustrie allein auf 20 vH berechnet wurde bei ununterbrochener Entladung.

Obacht in den Stanzereien! Ein jeder in der Stanzerei Beschäftigte muß vor allen Dingen darauf achten, daß an den Maschinen eine Schutzvorrichtung vorhanden ist.

Ein jeder in der Stanzerei Beschäftigte muß vor allen Dingen darauf achten, daß an den Maschinen eine Schutzvorrichtung vorhanden ist. Wenn die Kollegen auch manchmal sagen, es geht nicht, so geht es in den meisten Fällen doch, der Wille muß nur dazu vorhanden sein.

Man soll auch kein Kollege die Schutzvorrichtungen entfernen oder abstellen. Der Einwand, die Preise sind zu schlecht, ist nicht stichhaltig. Die Kollegen müssen sich organisieren, dann haben sie die Möglichkeit, die Preise aufzubessern.

werden kann, infolge besserer Wärmewirtschaft bei normalem Geschäftsgange heute größer sein würde als 1913. Trotz dieser Lage des Bergbaus haben Steinkohlen- wie Braunkohlenbergbau erhebliche Mittel zur Verbesserung ihrer Betriebe aufgebracht. Die Abertageanlagen der Steinkohlenbergwerke Deutschlands waren von jeher musterhaft. Aber unter Lage hat die Einführung maschinellen Betriebes durch Verwendung von Bohr- und Schrämmaschinen, durch Verbesserung des Transportes erhebliche Fortschritte gemacht. So ist denn auch die Tatsache zu verzeichnen, daß die Fördermenge pro Kopf der Belegschaft im Vergleich zu 1913 trotz einer um eine halbe Stunde kürzeren Arbeitszeit in Westfalen um etwa 13 vH gestiegen ist.

In erheblich höherem Maße als der Steinkohlenbergbau war der Braunkohlenbergbau in der Lage, seine Förderanlagen zu verbessern. Zur Verringerung des Abtrags finden neuzeitliche Abraumförderbrücken, Abfegapparate, Rippenpflüge, Rippenräumvorrichtungen mannigfache Verwendung. Auch die Elektrifizierung des Waggons- und Fahrbetriebes hat erhebliche Fortschritte gemacht. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß mit fortschreitendem Abbau die Deckgebirge mächtiger werden und die erwähnten technischen Verbesserungen erforderlich waren, um die dabei entstehenden Mehrkosten auszugleichen. Handarbeit im Grubenbetriebe ist fast völlig ausgeschaltet worden, für den Transport werden Großraumförderwagen bis zu 40 Kubikmeter Inhalt verwendet. Auch im Tiefbau sind Fortschritte gemacht, Stredenfortriebs- und Kademaschinen halten ihren Einzug. Der Breielfabrikation hat man die größte Aufmerksamkeit zugewandt und durch Verbesserung des Trockendienstes, durch wirtschaftliche Dampfausnutzung sowie durch Anwendung elektrischer Entlastung erhebliche Fortschritte erzielt. Wir können die Betrachtung über das Kapitel Kohle aber nicht schließen, ohne auf die Arbeiten einzugehen, welche, wenn ihre Durchführung auch nur einigermaßen gelingt, berufen sind, eine billige Umwälzung auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft herbeizuführen. Ich meine die Verfahren, welche man vollständig gesprochen mit der Bezeichnung „Verflüchtigung der Kohle“ zu benennen pflegt.

Es laufen im wesentlichen zwei Versuchsreihen nebeneinander, deren eine nach dem Verfahren von Dr. Bergius eine Hydrierung der Kohle ins Auge faßt, das heißt durch Anlagerung von Wasserstoff gasförmige Kohlenwasserstoffverbindungen herstellt und gestattet, eine Reihe der verschleierartigsten Ole zu gewinnen. Während das andere von der babylonischen Unilin- und Sodaabrik in Verbindung mit dem Leiter des Kohlenforschungsinstituts der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft darauf abzielt, durch Verbindung von Kohlenoxyd und Wasserstoff jeweils ein benzolartiges Treiböl zu erzeugen. Die glückliche Durchführung dieser Verfahren — nebenbei bemerkt befindet sich eine große Anlage für das Bergius'sche Verfahren in Weidach im Bau — würden Deutschland von der Einfuhr ausländischer Ole unabhängig machen und es ihm gestatten, Ölarme Länder mit den veredelten Kohleprodukten in erheblichem Umfange zu versorgen.

Wenden wir uns nunmehr zur Betrachtung der

technischen Entwicklung der Großeisenindustrie.

Man allen ist bekannt, welche ungeheure Wandlung gerade die eisen-schaffende Industrie im letzten Jahrhundert genommen hat. Noch vor 100 Jahren waren Schmieden unbekannt. Die Einführung des Puddelprozesses war der erste Schritt zu einer wirklichen Großeisenindustrie. Aber erst die Erfindung von Bessemer, der auf den Gedanken kam, die Einwirkung der Luft dadurch kräftiger zu gestalten, daß er diese nicht auf das geschmolzene Eisen, sondern durch die flüssige Metallmasse blies, legte den Grundstein zu der heutigen Entwicklung. Ungeheure Fortschritte konnte die Eisenindustrie auf Grund der Erfindungen von Thomas machen, die es gestatteten, nunmehr auch phosphorreiche Erze zu verhütten. Als drittes Verfahren trat den beiden vorgenannten an die Seite das Siemens-Martinverfahren, welches eine umfangreiche Verwertung von Schrott gestattete. Als jüngste Fortschritte auf dem Gebiete der Eisenerzeugung sind die Elektrohöfen zu nennen, die zwar für die Hochofenerzeugung zuerst wegen der hohen Kosten noch keine Rolle spielen, aber besonders für die Edelfahlerzeugung von grundlegender Bedeutung geworden sind.

Neben der wissenschaftlichen Durchbildung der hüttenmännischen Verfahren nahm die maschinentechnische Entwicklung ebenfalls einen ungeheuren Aufschwung. Die ursprüngliche Handarbeit konnte in immer weitergehendem Maße durch Maschinenarbeit ersetzt werden. Die Leistungen der einzelnen Apparaturen wuchsen ins Ungeheure gesteigert. Alle Transporte werden durch elektrisch getriebene Einrichtungen bewerkstelligt. Auf der Seite einer modernen Hochofenanlage sieht man heute kaum einen Menschen. Und wie im Hochofenbetriebe, so sind die Walzwerkebetriebe weitgehend vervollkommenet. Überall macht man das Beste aus, das Endprodukt möglichst in einer Hitze auszuwalzen, und wo das nicht möglich ist, werden durch weitgehende Verwendung von Gas bei der Beheizung der mechanischen Stöß- und Rollstände Ersparnisse zu erzielen versucht. Aber nicht nur auf dem maschinellen, sondern auch auf dem chemisch-technologischen Gebiete sind ungeheure Fortschritte erzielt. Ich erinnere nur an die Erfindung des Sauerbrunnens, des raffinierten Eisens und des neuen Fremdblaues, dessen Verwendung zum Beispiel beim Straßenbau eine Ersparnis von 30 vH des bisherigen Gewichtes erlaubt.

Wenden wir uns nun zur Betrachtung der Elektrizitätswirtschaft. Die Erzeugung an elektrischem Strom betrug 1913 im Deutschen Reich 4 Milliarden Kilowattstunden; sie ist heute auf 10 bis 11 Milliarden gestiegen. Deutschland ist überlegen von einem viele Kilometer langen Hochspannungszug, das die Schwerkraft der Erzeugung mit dem Verbrauch verbindet. Neben der Stromerzeugung finden Braunkohle und Wasserstoff ausgiebige Verwendung und Ausnutzung. Der Anteil der Braunkohle an der erzeugten elektrischen Energie ist im Vergleich zum Jahre 1913, in dem er etwa 22 vH betrug, heute auf über 50 vH gestiegen. Die Vorteile der elektrischen Energieversorgung kommen immer weiteren Kreisen zugute. Insbesondere ist auch in der Landwirtschaft eine ganz erhebliche Umstellung nach dieser Richtung zu verzeichnen.

Gesundheitsgefahr in der Gusspuderei

Untersuchungsergebnisse des Sachverständigen Ausschusses
Von Dr. med. Förster

Die Erfahrungen, die bei Beschäftigten von Kupferwerken in Österreich gemacht wurden, geben Veranlassung, auf die Gesundheitsgefahr in Gusspudereien besonders am Kupferhüttenbetriebe hinzuweisen. Das zur Verwendung kommende Pulver ist der milchweiße, feine, großkörnige Quarzsand, der sich durch die Arbeitsleistung mit dem pulverförmigen Metallpulver zu einem für den menschlichen Arbeiter außerordentlich gesundheitsgefährlichen Gemisch vermischt. Untersuchungen der Zusammensetzung, Aggregationsverhältnisse und alle möglichen Einwirkungsveränderungen infolge von Zugluft können die Folge sein. Die angeführten Erfahrungen haben diese Veranlassung bestätigt. Die Veranlassung der Frage über die Veranlassung von Gesundheitsgefahren in Gusspudereien liegt es näher, experimentelle Untersuchungen des Einwirkens in den Betrieben vorzunehmen zu lassen. Diese wurden bei 15 Betrieben, die alle mindestens ein Jahr am Gusspudereibetriebe tätig waren, durchgeführt. Das Ergebnis ist im folgenden:

12 Arbeiter hatten Beschwerden und nur 3 hatten nichts zu sagen. Die Angaben waren zum Beispiel: Schmerzen auf der Brust, Husten, Schwindel, Schmerzen in den Gelenken, Atemnot, Nerven, Schwindel in der Herzgegend, Appetitlosigkeit. Der größte Teil der Fälle im allgemeinen hiermit festgestellt wurde, jedoch abgesehen von der Untersuchung, einem Arztbesuch, sondern durch eigene Tätigkeit und einem Hausarztbesuch. Da die Krankheiten während der Tätigkeit am Gusspudereibetriebe auftraten, war der ursächliche Zusammenhang dieser gesundheitsgefährlichen Erkrankungen mit dem Beruf unübersehbar. In der Folge ergab sich zunächst die Unterbrechung der Ertragsleistung. Gelegentlich in fortwährenden Unterbrechungen. Des weiteren sind Krankheiten getriggert worden, die sich auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bezogen, sei es, daß sie nicht wirksam genug, sei es, daß sie so gehent war, daß der Arbeiter der Zugluft ausgesetzt war. Angezeigt wurde die Auffassung von P. J. H. M. S. J. in denen die Gegenstände an einer von außen bedingbaren Drückfläche liegen. Das

Beschäftigten wir uns nunmehr mit der

verarbeitenden Industrie.

Ihr müßten wir unser besonderes Interesse widmen, weil sie in erster Linie dazu berufen ist, durch Erleichterung der Ausführung eine Aktivität unserer Handelsbilanz herbeizuführen und die Mittel zu beschaffen, die zur Abtragung der uns durch das Versäulen Diktat auferlegten Pflichten erforderlich sind. Während wir für den Rolo-Krieg arbeiten mußten, entwickelte Amerika neue Arbeitsverfahren, erfand neue Methoden der Herstellung und gewann somit einen Fortschritt, der auch uns, wollen wir uns behaupten, zu äußerster Anstrengung anspornen muß. War der Übergang der Gütererzeugung vom Handwerk zum Industriebetriebe gekennzeichnet durch die Entwicklung von Arbeitsverfahren, bei welchen der Ausfall des Erzeugnisses nicht mehr vom Geschick und der Kunstfertigkeit des Ausführenden abhing, sondern durch die Art der Gestaltung verbürgt wird, so führte die weitere Entwicklung zur Zerlegung des organischen Gewebes in einzelne Fertigungsstücke, aus dem einheitlichen Raum entwickelten sich einzelne Abteilungen, Dreherei, Fräselei, Stanzerei usw., in denen nicht mehr das Erzeugnis Rückgrat der Fertigung war, sondern die Werkzeugmaschine, deren Gestaltung den Charakter der Abteilung bestimmte. So etwa war die Organisation unserer Werkstätten vor dem Kriege. Einzelfertigung war das Kennzeichen dieser Lage. Nunmehr wurde das Feldgeschrei für weitestgehende Vereinheitlichung der Konstruktion (Typisierung), Vereinheitlichung der Bauteile (Normung), Vereinheitlichung der Fertigung (Fließarbeit). Die Übersichtlichkeit über den Betrieb wächst, die Transportmittel sind auf ein Mindestmaß beschränkt, die Materialmengen innerhalb der Fertigung ebenfalls, die Produktionskosten werden geringer, die Güte des Produktes steigt, und von hier aus ist zur Arbeit am Bande nur noch ein Schritt. Das sind die Methoden Amerikas und in ihnen hat man das Mittel gefunden, das wir uns, das wir von diesen amerikanischen Methoden lernen können und daß wir sie in vielen Fällen, wo es sich um wirtschaftliche Massenfabrikation handelt, übernehmen müssen, wenn wir nicht unter den Schritten kommen wollen. Ebenso gewiß hat sich aber nach dem ersten Sturm des Nachbetens die Abwertung Bahn gebrochen, daß diese Methoden für deutsche, und ich kann wohl sagen europäische Verhältnisse nur einen begrenzten Geltungsbereich haben. Auch in Amerika finden die hier geschilderten Arbeitsmethoden vergleichsweise nur auf einzelnen Gebieten Anwendung, wo es sich eben um ausgeprägte Massenartikel handelt. Trotz dieser Bestrebungen, soweit es möglich ist zur Reihen- und Massenfabrikation überzugehen, wird man aber die besonderen Aufgaben des deutschen Maschinenbaues nicht aus den Augen lassen. Der deutsche Maschinenbau kann sich nicht einseitig nur auf die Herstellung von ganz wenigen Normaltypen einstellen und darüber seine alte Stärke vernachlässigen, Einzelanfertigungen den besonderen Bedürfnissen der Abnehmer gerecht zu werden und zuverlässig konstruktiv anpassen und effizient und doch billig und schnell in seinen Werkstätten ausführen zu können. Der Eigenschaft der Anpassungsfähigkeit hat er wesentlich seine Erfolge in der Vergangenheit zu verdanken. Für sie ist er durch die besondere Leistungsfähigkeit seiner Konstrukteure auch in hervorragender Weise geeignet. Und er wird sie sich daher auch bei dem weiteren Ausbau seiner Werkstätten erhalten müssen.

Die Fabrikation von Automobilteilen ist in Amerika zu einer unvergleichlichen Höhe getrieben worden. Die Erzeugungskosten pro Teil sind dort auf ein derartiges Minimum gesunken, daß die sehr viel höheren Löhne gar keinen Einfluß auf die Fertigung ausüben, und das Endprodukt teilweise ein Drittel der bei uns geforderten Preise beträgt. Das Charakteristische bei den amerikanischen Herstellungsmethoden im Automobilbau ist: 1. Werkzeugmaschinen höchster Leistung, 2. Gruppenfabrikation, 3. Fließarbeit. Welchen Einfluß die Werkzeugmaschinenindustrie auf die Automobilindustrie in Amerika heute ausübt, sei hier kurz anzudeuten. Die amerikanische Automobilindustrie ist so angewachsen, daß die Erzeugung von Spezialmaschinen nicht dem fortwährend anwachsenden Bedarf an Normalmaschinen gefolgt ist. Bei der Herstellung von Spezialmaschinen kommt bisher nur der dringlichsten Anforderungen der Automobilhersteller genügt werden. Die Normalwerkzeugmaschinen überwiegen die anderen bei weitem. Ihr unsere deutsche Automobilindustrie ist die Werkzeugmaschinenfrage von größter Bedeutung geworden und man versucht, durch engstes Zusammenarbeiten zwischen Automobil- und Werkzeugmaschinenindustrie die Entwicklung zu fördern. Hat man nur geringe Mengen zu fabricieren, wie es bei uns in Deutschland heute noch der Fall ist, so bedeutet eine Spezialmaschine für die Werkstatt nur Ballast und Verzögerung. Bei der Übernahme amerikanischer Arbeitsmethoden muß daher mit größter Sorgfalt vorgegangen werden.

Die schwere Bedrängnis, in der sich die deutsche Automobilindustrie befindet, ist nicht unberücksichtigt. Fünf Jahre hat sie nur für den Kriegsbedarf arbeiten müssen, und in den fünf Jahren der Nachkriegszeit hat man verkannt, von dem zu lernen, was kräftigen Gehirnen ist. Angeblühlich konnte man ihr durch einen verhältnismäßig hohen Lohnsprung beibringen, den sie nun zu ihrer Fortentwicklung benutzen muß. Die Zeit, die ihr zur Verfügung steht — Sie wissen, daß Mitte 1928 bereits eine erhebliche Reduktion dieser Höhe einsetzt wird — muß die Automobilindustrie freiben, auf die rationalen Methoden der Herstellung zu kommen, die ihr auch bei geringeren Löhnen gestattet wird, sich auf dem Weltmarkt einen Platz zu erobern, auf dem sie heute praktisch verschwunden ist. Zur Kennzeichnung der Lage einige Zahlen: Die Gesamtimporte, die im Jahre 1913 8900 t betrug, ist bis zum Jahre 1925 um etwa 25 vH gestiegen, während die Gesamtexporte nur 5200 t betrug. Dagegen ist eine erhebliche Steigerung des Bestandes im Inlande zu verzeichnen. Es waren im Jahre 1925 33 vH Personentransportwagen, 32 vH Lastkraftwagen und 65 vH Motorräder mehr vorhanden als im Jahre vorher. Das Hauptinteresse der Automobilindustrie liegt somit zurzeit im Inlande und es wird noch geraumer Zeit bedürfen, bis die technische Umstellung so weit vorgeschritten ist, daß wir auch auf dem Weltmarkt wieder eine Rolle spielen können.

Schlaf wird ebenfalls von außen durch ein Beobachtungsfenster eingestrahlt. Derartige Anlagen fehlen leider noch im hiesigen Bezirk, so daß eine Prüfung dieser Anlagen auf ihre allgemeine Verwendbarkeit unterbleiben mußte. Die übrigen Ausdrücke bezogen sich auf die persönliche Anstrengung der Arbeiter. Nur in wenigen Fällen werden Arbeitsanforderungen, Gesundheits- und Schichtverhältnisse. In einem Betriebe wird eine geübte Gesundheitsprüfung hierzu geübt. Zum Schutz gegen die Staubentwicklung werden immer noch recht unpraktische und ihren Zweck verfehlende Helme genossen. Wichtig wird die für das Schlafen nötige Ruhepause dem Helm zugesprochen. Nicht immer scheint dies einwandfrei zu geschehen; denn es wurde beispielsweise darüber geflagt, daß der Lärmstrom so laut sei, daß er Ohrstöpseln mit sich führe und daß die Augenlider sich beschließen. In beachtlicher Weise, daß die Augenlider durch die starken, groben Sandkörner oft beschädigt werden. Solche aus diesem Was aber aus nichtstimmendem Material sollen ganz Dinsten lassen. Auch in solchen Fällen werden entsprechende Verbesserungsmaßnahmen genannt.

Um eines geringeren Arbeiterlohnes willen wird die Aufstellung von Maschinen für diese Tätigkeit für zuwöhnlich gehalten, die bei-gefallene folgenbereits längere Stunden dauern:

1. Die Arbeiter am Freistrahlschmelzofen in den Gusspudereien sind insofern in einem gesundheitlich gefährlichen Zustand. Die Einrichtung und Bedienung dieser Anlagen hat weder Schutzabdeckung noch technischer Einrichtungen zu erfolgen.
 2. Im Neben des Kupferhüttenbetriebe ist eine mechanisch betriebene, wirkungsvolle Abzugsvorrichtung anzubringen.
 3. Bei den Anlagen, wo der Arbeiter im Innern selbst arbeiten muß, ist die Zugluft der Luft so zu regeln, daß er während seiner Tätigkeit nicht der Zugluft ausgesetzt ist.
 4. Es sind geeignete Staubabschirme mit Zugluftausführung zur Verfügung zu stellen.
 5. Für die Arbeiter sind Arbeitsanzüge, Gesundheits- und Schutzhelm zu beschaffen.
- Bei zunehmender Anwendung dieser Maschinen wird es möglich sein, die Zahl der berufstätigen Arbeiter auf ein Mindestmaß herabzusetzen.

Ich kann meine Betrachtungen nicht schließen, ohne noch einen kurzen Blick auf

die Werfindustrie,

der wir hier ganz besonders nahe sind, auf den Lokomotiv- und den Waggonbau zu werfen. Sie alle wissen, auf welcher Höhe unser Schiffbau vor dem Krieg gestanden hat und welche glänzenden Erfolge er im In- und Auslande zu verzeichnen hatte. Mit dem Verlust der gesamten Kriegs- und fast der ganzen Handelsflotte mußten schwere Zeiten für ihn kommen. Der teilweise Wiederaufbau der Handelsflotte konnte nur über eine kurze Zeit hinweghelfen. So haben wir heute gerade im Schiffbau eine außerordentlich traurige Lage vor uns, obwohl der deutsche Schiffbau mit der Erzeugung im Jahre 1925 bereits wieder an zweiter Stelle steht. In Großbritannien sind im Jahre 1925 etwa über 1 Million Bruttoregistertonnen vom Stapel gelaufen, während in Deutschland 400 000 t gebaut wurden. Das nächstfolgende Land steht weit zurück, Italien mit 142 000 t. In diesem Jahre sieht es allerdings unter der Not der Kriege allen bekannten Verhältnissen noch schlimmer aus, und bei der Überlegung der Welttonnage, die im vergangenen Jahre bereits wieder um 2 vH zunehmen hat, bei dem Mangel an Frachten, ist nicht abzusehen, wie dieser Industrie auf die Dauer geholfen werden kann. Trotzdem sind technische Fortschritte auch hier erzielt. Sie alle kennen die Erfindung des Motorschiffes, dessen Entwicklung vielleicht einmal berufen ist, Deutschland wieder an die Spitze zu bringen. Ihnen ist auch die Stellung bekannt, die sich die deutsche Werfindustrie im Motorschiffbau erworben hat. Einen besseren Beweis für die Leistungen, die hier aufzuweisen sind, kann man sich nicht denken, als den, daß englische Werfindereien im vergangenen Jahre Motorschiffe in Auftrag gegeben haben.

Schiffungslos liegt der Waggon- und der Lokomotivbau da-nieder. Lokomotiv- und Waggonbau waren die Industrien, auf die sich nach dem Kriege, bei der erforderlichen Umstellung alles glaubte werfen zu dürfen. Wir haben eine Überlegung der Produktion in diesen beiden Sparten, die überhaupt nicht zu übersehen ist. So kann denn nur damit gerechnet werden, daß Inlandsaufträge nicht zu haben sind — die Kredite, die augenblicklich der Reichsbahn für solche Aufträge gegeben sind, sind nach meinem Dafürhalten ein Tropfen auf einen heißen Stein — daß in absehbarer Zeit von einer Ausnutzung dieser Anlagen keine Rede sein kann, umso weniger, als auch das Ausland erstens mit Material überflüssig ist, und zweitens gerade auf diesem Gebiete weitgehend versucht hat, sich selbständig zu machen. Dann möchte ich noch einen kurzen Blick auf die Klein-Eisenindustrie werfen. Sie war vor dem Kriege eine unserer bedeutendsten Ausfuhrindustrien. Es gab kein Land der Welt, in dem sich nicht deutsche Erzeugnisse dieser Industrie fanden. Der Krieg schnitt die Auslands-märkte ab. Wie in anderen Fällen, setzten auch hier Amerikaner und Engländer, aber nicht nur sie, sondern auch Japan und China ein, um den Markt zu erobern. Dagegen hat aber die Kleinindustrie sich nach dem Kriege, als die Länder wieder offen standen, zu wehren bemüht. Sie hat in großem Umfange diese Auslandsmärkte wieder ertragen können, mit Ausnahme von Rußland allerdings, dessen Verlust für die Kleinindustrie von besonderer Bedeutung gewesen ist. Aber gerade die Erfolge der Kleinindustrie bestreiten das, was ich bereits mehrfach ausführte, die Bedeutung des Facharbeiters. Sie wissen, es gibt bis zum heutigen Tage noch keine Maschine, die ein Messer schleifen könnte, so wie es von der Hand geschliffen wird, es gibt noch keine Maschine, die ein Sägelblatt richten könnte. Dazu gehören Erfahrungen. Dazu gehören die gegebenen Kenntnisse eines sorgfältig vorgebildeten Facharbeiters. Nur wenn wir die Ausbildung des Nachwuchses sorgfältig weiter pflegen, werden wir auch in den übrigen Zweigen unserer Industrie die Erfolge haben, die wir brauchen.

Wenden wir noch einmal zurück. Der Wiese Amerika, dessen Stahlerzeugung heute so groß ist wie die gesamte Stahlerzeugung der übrigen Welt, eilt mit Sturmeschritten voran. Seine Methoden erscheinen uns als das einzig Wahre. Viele sehen in Amerika den Art, dessen Methode das Geheimnis für unsere Zeiten sein soll. Ich möchte dabei daran erinnern, meine Herren, daß nicht alles dem Kranken nützt, was dem Arzt nicht schadet. Und daß man in diesem Sinne mit den von Amerika importierten Ideen mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen sollte. Ich glaube aber, daß wir keine Sorge um die Zukunft Deutschlands zu haben brauchen, wenn ein jeder an der Stelle, an der er steht, seine Pflicht nach seinen Kräften tut, und wenn wir auf unsere Fahne die Worte schreiben, die Alfred Arupp einst gesprochen hat: „Der Zweck der Arbeit soll das Allgemeinwohl sein.“ (Vehhafter Weisfall.)

Über Europas Krise und Deutschlands Wirtschaft

pricht Staatssekretär a. D. Prof. Dr. S i r i c h : Seit etwa anderthalb Monaten hat die große deutsche Presse auf einmal die Arbeitslosigkeit erndet. Es war ein bischen spät. Im Februar dieses Jahres hatte die Zahl der öffentlich unterstützten Arbeitslosen die zweite Million überschritten. Das Reichsarbeitsministerium stellte damals fest, daß die Arbeitslosenzahl offensichtlich zurückgehe. Aber nicht die Arbeitslosigkeit war zurückgegangen, sondern die Statistik. (Geizigkeit und Zustimmung.) Es fehlten nämlich die Ausgesetzten. Die jetzt eingetretene leichte Besserung, die nicht, wie der Reichsfinanzminister meint, eine Folge seiner Steuerabbaupolitik ist, sondern wohl mit der normalen Mehrnachfrage in der Landwirtschaft und dem englischen Bergarbeiterstreik zusammenhängt, wird aller Voraussicht nach leider nur vorübergehend sein.

Gehen wir uns die Ursachen der großen Arbeitslosigkeit näher an. Es gibt meines Erachtens nichts Widerwärtigeres als den augenblicklichen Zustand in Deutschland und Europa. Wir haben in Deutschland einerseits einen ungeheuren großen ungedeckten Bedarf, denken Sie an Wohnungen, an Kleider usw., wir haben andererseits die Hände, die ihn decken könnten. Es fehlt auch nicht an dem Kapital, das beide verbinden, den Bedarf zur Leistung bringen könnte. Das Kapitalangebot in Deutschland ist zurzeit größer als die Nachfrage, so daß

Das Totenschiff

Folgende kleine Abhandlungen sind dem trefflichen Buch „Das Totenschiff“, die Geschichte eines amerikanischen Seemanns von W. Trauben entnommen. Es ist der Roman eines Seemanns, der die falsche Romantik der Seefahrt, die besonders der Jugend vorgegaukelt wird, gründlich zerlegt. Das Buch ist von der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreifüßstraße 5, herausgegeben. Die Büchergilde liefert gegen monatlich 1 A Beitrag jährlich vier prächtige Bücher.

Gibt es noch Matrosen?

Matrosen gibt es kaum noch, werden auch gar nicht mehr verlangt. So ein modernes Frachtschiff ist gar kein eigentliches Schiff mehr. Es ist eine schwimmende Maschine. Und daß eine Maschine Matrosen zur Bedienung braucht, glauben Sie gewiß selbst nicht, auch wenn Sie sonst nichts von Schiffen verstehen sollten. Arbeiter braucht diese Maschine und Ingenieure. Sogar der Schipper, der Kapitän, ist heute nur noch ein Ingenieur. Und selbst der A. B., der am Ruder steht und noch am längsten als Matrose angesehen werden konnte, ist heute nur noch ein Maschinist, nichts weiter. Er hat nur die Hebel auszulösen, die der Rudermaschine die Drehungsrichtung angeben. Die Romantik der Seefahrt ist längst vorbei. Ich bin auch der Meinung, daß solche Romantik nie bestanden hat. Nicht auf den Segelschiffen und nicht auf der See. Diese Romantik hat immer nur in der Phantasie der Schneider jener Seefahrer bestanden. Jene verlogenen Seefahrer haben manchmal braven Jungen hinweggelockt zu einem Leben und zu einer Umgehung, wo er körperlich und geistlich zugrunde gehen mußte, weil er nichts sonst dafür mitbrachte als seinen Hungerlappen an die Ehrlichkeit und an die Wahrheitsliebe jener Seefahrerstreiber. Möglich, daß für Kapitän und Steuerleute eine Romantik einmal bestanden hat, für die Mannschaft nie. Die Romantik der Matrosenschaft ist immer nur gewesen: Unmenslich harte Arbeit und eine tierische Behandlung. Kapitän und Steuerleute erschienen in Opern, Romanen und Balladen. Das Hohenlied des Gelben, der die Arbeit tat, ist nie gesungen worden.

der Zinsfuß in Deutschland niedriger ist als im Ausland. Also unge- deckter Bedarf, die Hände, die nichts dringlicher wünschen, als ihn zu decken, und Kapital kommen nicht zusammen. Das ist der ganze Widerstand der jetzigen Verhältnisse. In der Vorkriegszeit haben wir diesen stürmischen Zustand nicht so gehabt. Die deutsche industrielle Arbeiterbewegung ist im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege nicht größer gewesen als heute die Reichswehr. Das Deutschland der Vorkriegszeit nahm jedes Jahr ungefähr eine halbe Million Menschen neu in seine Wirtschaft auf und konnte für sie Arbeit, Lohn und sogar etwas steigende Lebenshaltung schaffen. Heute haben wir mit den Sturzarbeitern und Ausgesteuerten 2 1/2 bis 3 Millionen Arbeitslose. Wenn man sich in letzter Zeit in der Öffentlichkeit lebhafter für diese Tatsache interessiert, so hängt das damit zusammen, daß diese Nichtarbeitenden an öffentlichen Unternehmungen mindestens 1500 Millionen Mark kosten. Das sind ungefähr zwei Fünftel dessen, was das Reich sonst für sich allein verbraucht, es ist etwa ebensowiel, wie die ganze Lohn- und Einkommensteuer im Augenblick aufbringt. Der Lohnausfall dieser Arbeitslosen macht monatlich 400 Millionen aus, ungefähr ein Zehntel des deutschen Volkseinkommens; der Produktionsausfall, der durch diese Nichtarbeit entsteht, beträgt ein Siebentel bis ein Achtel des deutschen Volkseinkommens. Das ist nun nicht nur eine deutsche Erschütterung. England hat seit vielen Jahren 1 1/2 Millionen Arbeitslose, Rußland, das in seiner Industrie nur ungefähr 2 Millionen Menschen beschäftigt hat, 1/2 Millionen Arbeitslose. Frankreich allein hat keine Arbeitslosen infolge seiner Inflation. Es arbeitet sehr tüchtig, verzehrt aber, wie jedes Inflationsland bei dieser Arbeit. Die Gesamtproduktion der Menschheit ist heute nach Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschungen ungefähr ebenso groß wie vor dem Kriege, aber die Verteilung ist ganz anders. Die Amerikaner haben über 1/2 mehr Produktion und mehr Verbrauch als in der Vorkriegszeit. Europa hat zwar 10 vH Menschen mehr, die erwerbstätig sein wollen, aber der Verbrauch ist um etwa 10 vH eingeschränkt.

Die europäische Arbeiterbewegung muß sich deshalb fragen: welches sind die Ursachen dieser Weltarbeitslosenkrise und die Hauptursachen der deutschen? Welche Mittel stehen uns heute schon zu Gebote, um der Not zu steuern und welche Mittel kann und soll die Menschheit gesamtweit anwenden, um das höchste Gut, die menschliche Arbeitskraft im höchsten Maße für sich nutzbar zu machen.

Also, muß es dauernde Arbeitslosigkeit geben?

Die Lehre vom Malthusianismus, vom ehernen Lohngesetz, von der industriellen Reservearmee war richtig, als sie aufgestellt wurde, aber schon vor dem Weltkriege hatten die Tatsachen begonnen, sich zu verändern. Die Geburtenzahl sank, die Lebenshaltung verbesserte sich. Gewiß ist die industrielle Reservearmee nie verschwunden, aber doch im Verhältnis zu den Beschäftigten in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege ständig kleiner geworden. Rosa Luxemburg vertrat damals in sehr geistreicher Weise die Ansicht, diese Entwicklung zum Besseren sei zeitlich befristet, sei nur eine Folge des Imperialismus. Sie würde danach die jetzigen Zustände als Folge des Zusammenbruchs des Imperialismus im Weltkrieg deuten. Man kann aber auch die Ansicht vertreten, daß infolge des Weltkrieges eine Fehlleitung der Kräfte stattgefunden habe. Jedenfalls steht fest, daß die heutige Wirtschaftslage Europas so offensichtlich, aus welchen Gründen auch immer, festgelegt ist, daß der jetzige Zustand unerträglich ist.

Welches sind die Ursachen der Weltproduktions- und der deutschen Arbeitslosigkeit? Die Ursache liegt nicht in der Selbstindustrialisierung der Abnehmer-Nationen. In einer Untersuchung über die Weltabsatz- stückung haben die Engländer das festgestellt. Sie hängt auch nicht zusammen mit der Erhöhung der Zollmauern und noch weniger mit der Rationalisierung. Die Selbstindustrialisierung der Abnehmer geht schon seit 100 Jahren vor sich und sie wird weitgemacht durch weit- gehende Arbeitsteilung zwischen den Nationen. Der Valfourche Bericht sieht die Gründe vielmehr in der Verarmung der Abnehmer-Nationen, die durch den Widerstand des Weltkrieges bis nach Asien hin sich erstreckt. Die drei Hauptursachen, die wiederum die Verarmung der Nationen erklären, sind die Wallantastung Europas, die Verluste im Kriege und die Falschlenkung des Wiederaufbaus der Welt, insbesondere Deutschlands. Ich wage die Schätzung, daß durch die europäische Wallantastung, durch die Schaffung von 14 neuen Staaten und Territorien mit 7000 Kilometer neuen Grenzen — das ist doppelt so viel wie die beiden Fronten im Kriege, die quer durch Europa gingen — 10 vH der Schlagkraft der europäischen Wirtschaft fortgerissen sind. Dann die Falschlenkung des Wiederaufbaus. Wir machten ihn nicht so, daß wir richtige Steuern erhoben, sondern wir machten Inflation, was jetzt die Franzosen. Abgesehen hat die deutsche Arbeit- nehmerkraft an der französischen Inflation nicht das geringste Interesse. (Sehr richtig!) Notwendig war es, daß wir unsere Produktions- apparat wieder aufbauten und ebenso die Bergwerke. Aber das wurde unwichtig übertrieben. Ebenso führte die Flucht in die Sachwerte nicht zu ihrer Erhaltung, sondern zu einer übermäßigen Überbelastung mit Sachwerten. Während der Inflation hat der deutsche Arbeiter zum Teil jahrelang

zu einem Fünftelteil des Lohnes gearbeitet,

den sein englischer Kollege für dieselbe Arbeit bekam. Für die Rip- produktion verweise ich nur auf die deutschen Eisenbahnen. Wir hatten in dem räumlich größeren Deutschland der Vorkriegszeit 28 000 Loko- motiven, 5000 haben wir bei Kriegsende abgegeben müssen. Nach der Inflation aber hatten wir 31 000 Lokomotiven. An Waggonen besaßen wir vor dem Kriege 655 000, 150 000 mußten wir beim Waffenstill- stand abgeben. Nach der Inflation hatten wir 720 000 Waggonen, die nicht benutzt werden können, stehen auf Eisenbahngleisen, die etwa eine Strecke von Berlin bis Köln ausmachen. Im Kohlenbergbau hatten wir ebenfalls einen übermäßigen Ausbau. Mit der Rationali- sierung im deutschen Bergbau hat das aber nichts zu tun. Das wird nur behauptet, um den Arbeitern noch mehr Angst vor der Rationali- sierung zu machen. Ich bestreite auch entschieden, daß in der Eisen- industrie der Welt die Rationalisierung die Hauptursache der Arbeits- losigkeit ist. Diese hängt vielmehr damit zusammen, daß die Eisen- industrie ihre Hauptabnehmer in der Welt verloren hat, den Schiffbau, in Amerika die Eisenbahnen durch das Überwiegen der Autos, die viel weniger Eisen verbrauchen, und in Europa infolge Stilllegens des Baugewerbes. Rationalisierung, technischer Fortschritt, bedeutet zweifellos auf die Dauer erhöhte Arbeitsmöglichkeit. Selbst wenn der Unternehmer den Mehrerwerb aus der Verbesserung des Betriebes für sich behält, und selbst wenn die Arbeiterkraft zu schwach ist, um ihren Teil an dieser Verbesserung zu erlangen, so wirkt sich doch die Wirtschaftssparnis auf die Dauer in einer Verbesserung der Lage auch der arbeitenden Schicht aus. Denn der Unternehmer kann den Profit ja nicht in der Tasche behalten, sondern Kapital will Kapital, Mehrwert will Mehrwert heben. Das bedeutet wieder neue Nachfrage nach Arbeitskraft. Gewiß haben die allerersten Umwälzungsprozesse in der kapitalistischen Wirtschaft unerhörte soziale Erschütterungen hervor- gerufen. So ist die feindliche Einstellung der Massen zu solchen tech- nischen Umwälzungen mehr als begründet, und man mag einem König es wie ein amerikanisches Märchen, wenn man ihm davon spricht, daß jenseits des Ozeans ein ganzes Volk als höchstes nationales Arbeits- ideal die Rationalisierung aufgestellt hat, die Befestigung der Ver- schwendung in der Industrie, das heißt nichts anderes als die Schaf- fung von mehr Werten aus der gleichen Arbeit. Das große Problem ist nämlich dies: die Rationalisierung so schnell in neue Kraft zu am- pfehen, daß die Übergangsschwierigkeiten demgegenüber verschwinden.

Die Rationalisierung ist also nicht die wesentliche Ursache der deutschen Arbeitskrise.

Welches sind die wesentlichen Ursachen, welche Mittel haben wir zu ihrer Beseitigung vorzuschlagen, welche sind angewandt worden und welche sind noch anzunehmen?

Der deutsche Wirtschaftsausschuß unterscheidet Verände- rungen, die aus Strukturveränderungen hervorgehen und solche, die aus Konjunkturveränderungen hervorgehen. Ich würde sie ein bisschen anders unterscheiden, nämlich in solche, die aus notwendigen Umstän- dungen hervorgehen und solchen, die aus Falschlenkung der Wirtschaft hervorgehen. Das meiste, was Sie als Konjunkturveränderungen vor- getragen bekommen, ist Falschlenkung der Wirtschaft.

An Strukturveränderungen in Deutschland ist zu verzeichnen, daß wir zwar ungefähr dieselbe Bevölkerungszahl wie 1910 haben, aber

mindestens 3 bis 4 Millionen Menschen mehr, die erwerbstätig sein wollen. Ferner hat sich die Landfläche verändert und drittens die Gebrauchsgüter. Die Vermehrung der Erwerbstätigen hängt damit zusammen, daß wir jetzt 600 000 Mann weniger Militär haben, daß die größte Zahl der früheren Rentner jetzt arbeiten müssen und mit dem größeren Umfang der Frauenarbeit.

Eine Anzahl deutscher Volkswirte folgert daraus, daß wir auf lange Zeit, vielleicht dauernd vier Millionen Erwerbslose behalten müssen, einer rechnet sogar mit sechs Millionen. Eine menschenfreund- liche Rechnung! Interessant ist übrigens, daß Walter Rathenau in seiner weltberühmten Rede gegenüber der Entente von den unsicht- baren Arbeitslosen — berührt in der ganzen Welt außerhalb Deutsch- lands! — berechnet hatte, daß wir in Deutschland 4 Millionen Ar- beitskräfte mehr brauchen, weil wir erstens weniger Land haben als früher, also das, was da wächst, mit einem Zusatz von Arbeitskraft kaufen müssen, weil wir zweitens das Kapital im Ausland durch Beschlagnahme verloren haben und das, was wir als Zinsen herein- bekommen haben, durch neue Arbeit schaffen müssen, und weil wir drittens die Reparationsleistungen auch nur durch Arbeit unserer Hände vollbringen können. Ich sage, der Enquete-Ausschuß spricht zweitens von konjunkturbedingter Arbeitslosigkeit. Konjunktur nennt man alles das, was man hätte verhindern können und nicht verhindert hat — das ist natürlich keine wissenschaftliche Auslegung (Seiterzeit), sondern eine wirtschaftspolitische. Die erwähnten Strukturverände- rungen hatten wir doch schon vor drei, vier Jahren, genau wie heute, und trotzdem nicht die große Arbeitslosigkeit, sondern höchstens 300 000 bis 400 000 Arbeitslose. Woher nun plötzlich die Millionen Arbeits- lose? Zum Teil liegt es daran, daß der Wiederaufbau der Produk- tionsmittel teilweise vollendet ist, vor allem aber, weil der Auslands- kredit plötzlich abgeschnitten worden ist. Ich will nicht behaupten, daß es nur dayer läme, aber von dem Augenblick an, wo der Reichsbank- präsident den Gemeinden die Aufnahme ausländischer Kredite abschmied, kam das Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Ich sehe nicht ein, weshalb es gefährlicher ist, wenn Gemeinden eine Anleihe draußen aufnehmen, als wenn das irgend eine Schnaps- oder Parfümeriefabrik tut. Die Reichsbank wollte damals, daß auch für die Industrie der Zutrom des Kredits von draußen aufhöre, sie sollte von innen Kredit bekommen. Aber die Industrie hat diese Kredite nicht genommen wegen der zu hohen Zinsen, die die Banken nehmen, und vor allem wegen der Pfänderpolitik, die von den Banken betrieben wurde. Wenn Sie früher in Deutschland bei einer Bank Kredit haben wollten, so mußten Sie Ihre Bilanz vorlegen. Wenn man sah, daß Sie gut arbeiten, belamen Sie Kredit. Jetzt sagen die Banken: Du magst gut oder schlecht sein, ich habe so viel Angst, gib mir ein Pfand, und so wird den Banken, wie das früher am Wallan üblich war, übereignet das Warenlager, die Kundenforderungen, jede Hypothek, die man übergeben kann, und zwar nicht etwa in dem Betrag, zu dem man Kredit haben will, sondern in dem doppelten Betrag. Was ist die Wirkung? Die Wirkung ist, daß die vorhandenen Kreditmittel nicht alle ausgegeben werden an die, die danach verlangen, sondern nur an denjenigen, der solche Pfänder geben kann, die den Banken angenehm sind, und zwar sind die angenehmen Pfänder Aktien und dergleichen, die man gleich verkaufen kann. Wenn sie aber auf solche Pfänder Geld geben, so wird das Geld immer dazu benutzt, auch Aktien zu kaufen. Also die Gelder gehen nicht in die Produktion, wie es sein müßte, sondern sie werden dadurch in die Spekulation hineingetrieben. Das sagt man Ihnen nicht, meine Herren, weil die wenigen, die das verstehen, meist auch daran interessiert sind.

Die Politik der Banken bewirkt also ein Abdrängen der freien Mittel in der Wirtschaft

von der Produktion in die Spekulation.

Dazu kommt die Überspannung der Kartellmacht. Die erst zu neh- menden großen deutschen Kartelle in Kohle und Eisen haben in der Wirtschaft durchaus günstig gewirkt. Aber wir haben viel zu viel über- stülpte Kartelle, Kartelle für Abwickler, für Strumpfwirker usw., die nur eine Hemmung der Wirtschaft bedeuten. Es kommt ferner hinzu die Überlegung des Handels und vor allem die starke Über- legung des Bankwesens.

All dies hätte immer wieder gesagt werden müssen, wo in Deutsch- land im letzten halben Jahre über die Wirtschaftslage gesprochen worden ist. Es ist nicht gesagt worden, man hat die 2 Millionen Arbeitslosen kommen lassen. Sehr spät hat dann endlich der Reichstag das Arbeits- beschaffungsprogramm beschlossen. Das war zweifellos eine der produ- ktivsten Leistungen des volkswirtschaftlichen Ausschusses. Wir hören zwar über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung jetzt sehr viel, aber gefahren ist noch außerordentlich wenig.

Von wohlmeinenden deutschen Wirtschaftspolitikern wird neuer- dings behauptet, es sei unter Umständen besser, Erwerbslosenunter- stützung zu bezahlen, als die Menschen produktiv zu beschäftigen. Der produktiv Erwerbslose koste 6mal soviel, denn die Unterstützung betrage im Monat 60 Mark, der Lohn des Beschäftigten 180 Mark; auch das von ihm gebrauchte Material koste Geld und der Unternehmer, der ihn beschäftigt, wolle auch Profit haben. Wenn man so rechnen will, müßte man eigentlich alle Leute erwerbslos lassen. (Seiterzeit!) Man vergißt dabei, daß der produktiv Erwerbende zusätzliche Werte schafft. Jeder Pfennig, den er mehr bekommt, wird irgendwo ausgegeben, schafft irgendwo neue Kaufkraft (sehr richtig!), senkt die General- unlosheit des Unternehmens. Je mehr Arbeitslose, desto höher die Ge- neralunlosheit der ganzen Wirtschaft. Im übrigen verlangt das Arbeits- beschaffungsprogramm nichts Unproduktives. Jede einzelne Arbeit, die da vorgeschlagen wird, Straßenbahnen, Oblandkultur, Elektrifizierung der Eisenbahnen bedeutet eine Erhöhung der Leistungskraft der deut- schen Wirtschaft, ist eine Kapitalanlage, verwandelt zehrende Not der Arbeitslosen in wirkende wirtschaftliche Kraft in Deutschland. (Sehr gut!) — Diese ganzen Arbeiten müssen durch große Anleihen finanziert werden. Leider ist das noch nicht geschehen. Besonders erschrecklich ist die Erklärung des Reichsfinanzministers, daß man die Hauszinssteuer jetzt als Zinsgarantie zu einer Verbilligung einer großen Wohnungs- bauanleihe verwenden will. Aber die Waage ist längst schon dem Ende und man merkt noch nichts von der Aufhebung solcher Anleihen. Der Reichstag hat auch mit Recht auf die vorgeschulderte Bank- politik hingewiesen. Die Regierung wäre wohl in der Lage, die Banken zu zwingen, ihre Pfänderpolitik aufzugeben, indem sie ihnen das Recht entzieht, Depositen anzunehmen. Ferner ist dringend notwendig eine Steigerung des Exports. An dem Export der Vorkriegszeit fehlen uns noch 3 Milliarden. Jede Milliarde Außenhandel, die wir mehr bekommen, schafft 300 000 Arbeitskräften in Deutschland mehr Arbeit. Wenn wir denselben Export nach Frankreich, Polen und Spanien hätten wie früher — der wahrscheinlich wieder erreicht würde, wenn wir Handelsverträge mit diesen Ländern hätten — könnten wir 470 000 Mann mehr beschäftigen. Aber die deutsche Handelsvertragspolitik nimmt leider auf die Interessen der Arbeitslosen am wenigsten Rück- sicht. (Sehr wahr!)

Notwendig wäre weiter die Finanzierung des Kreditkaufs durch die Konjunktur selbst seitens der obrigkeitlichen Stellen. Die Wüte der amerikanischen Wirtschaft beruht zum Teil auch darauf, daß der Amerikaner alles auf Abzahlung kauft. Ich habe meinen Studenten einmal gesagt: Die Millionen Autos in den Vereinigten Staaten laufen nur noch zu einem Viertel auf Rädern und drei Viertel auf Kredit. (Seiterzeit.)

Mit Recht wurde von meinem Vortrager die Notwendigkeit der internationalen Verflechtung betont. England hat uns in seinem Kohlenbericht ein Exportabkommen amlich angeboten. Davon ist merkwürdigerweise nichts in die Presse gekommen.

Nun scheint in nicht allzu ferner Zeit doch noch eine günstigere Lage für den Arbeitnehmer bevorzustehen. Der Geburtenausfall seit 1914 wird etwa von 1928 ab das Angebot an Arbeitskräften sinken lassen. Das bedeutet steigenden Wert der Arbeitskraft. Dazu kommt, daß das Brot jetzt schneller wächst als der Mensch; die Landwirtschaft ist in der ganzen Welt produktiver geworden. Unsere deutsche Stä- bsinindustrie bedeutet hier eine der größten Leistungen. Wir ersetzen unseren verlorenen Boden durch Braunkohle und Luft, und die anderen lernen von uns. Dazu kommt das Wachsen der mechanischen Kräfte. Der eine Henry Ford hat in 20 Jahren mehr Pferdekräfte der Mensch- heit neu zugeführt als überhaupt Pferde auf der Welt sind. Er zwang durch seine Autoherstellung ungefähr 226 Millionen Pferdekräfte neu

in den Dienst der Menschheit. Das große Problem der modernen In- dustriewirtschaft ist die beste Nutzung der Arbeitskraft in der Arbeits- zeit durch die beste Gestaltung der Produktionsbedingungen. Nicht die Selbstbau des Arbeitstages bestimmt den Nutzeffekt. Zwei große Ziele haben der Arbeitnehmerbewegung aller Völker vor- geschwebt: Höherer Ertrag der Arbeitsleistung und Befestigung des rücksichtslosen Herrenanspruches der Unternehmer. Das erste kann vielleicht die Entwicklung geben, das zweite ist eine Frage des Könnens und des Willens. Die große Entwicklung der Welt bewegt sich von der reinen Privatwirtschaft mehr und mehr zur bewußt gelenkten Wirtschaft der Völker. Eines Tages werden sich die Wirtschaftenden international verständigen müssen, eines Tages wird die wirtschaft- liche Rationalisierung Europas als Vorstufe einer Verflechtung der Wirtschaften der Welt kommen müssen. Eines Tages wird man auch einsehen, daß die sinnlosen Rüstungsausgaben für Europa ebenso über- flüssig sind, wie für das gewaltige Gebiet der Vereinigten Staaten. Und die Frage ist nicht, ob es kommen wird, sondern wer es dahin führen wird. Das ist keine Frage der blinden Entwicklung, sondern, wie gesagt, eine Frage des Könnens und des Willens. Früher glaubte man, wenn die wirtschaftliche Entwicklung zur Gestaltung reif sein werde, dann werden auch die Menschen reif sein. Es ging 1918 wie in der Geschichte mit dem Händler, der dem Grafen einen Sackel besorgen sollte und nachdem sie sich über den Preis geeinigt hatten, fragte: was ist eigentlich ein Sackel? (Seiterzeit.) Erst rief man die Umgestaltung der Wirtschaft aus, und dann berief man eine Sozialierungskommission, die sollte sagen, was ein Sackel ist. Das Arbeitermertum hat in seinen Vertretern damals nicht die Wirtschaftskennntnis gezeigt, bis notwendig gewesen wäre, um dem Sehnern der Massen eine wirkliche Ausprägung zu geben. Betriebsräte, die keine Bilanz beurteilen können, sind ein betrübliches Dekorationsstück, wie sie nicht ungern von denen gesehen werden, die die Betriebsdemokratie nicht wollen. (Sehr richtig.) (Zuruf: Auch der Betriebsrat, der die Dinge kennt, wird nichts erfahren!) Immerhin gibt es im Gesetz Handhaben, man muß sie nur kennen. (Sehr gut!) Das Arbeitermertum hat gezeigt, daß es keinen Überblick über die Volkswirtschaft und über ihre Arbeits- ergebnisse hat. Die Kenntnis der Einzelwirtschaft, die Kenntnis der gesamten Wirtschaft und die Kenntnis der eigenen Kräfte müssen ganz anders als bisher entwickelt werden. Das Arbeitermertum beginnt nun ganz langsam sich zu rühren und diese Erkenntnis zu schaffen. Das letzte und wichtigste aber ist der Wille, aus der Zufallsherrschaft des Kapitalismus die Höherbildung der Produktionswirtschaft der miteinander verflochtenen Länder bewußt zu entwickeln. Ob der Weg aus der gegenwärtigen Schwermüdigkeit dem mechanisch ablaufenden Geschehen überlassen bleiben soll, oder ob er bewußt und nachdrücklich schnell empfohlen wird, ob darüber hinaus der große Gedankengang einer Höherbildung der menschlichen Wirtschaft als Ganzes mit fühner Tat in die Wirklichkeit überführt wird, das ist eine Frage der Erkenntnis. Weit wichtiger aber ist die Frage des Willens.

Verelendete Massen haben einen schwachen politischen Willen.

(Sehr richtig!) Sorgen Sie dafür, daß es nicht erst zu einer Verelendung kommt, daß das, was uns als eine Erkenntnis einer möglichen Ent- wicklung vornehmte, Wirklichkeit wird. Sorgen Sie dafür, daß nicht nur die Erkenntnis des Widerwilligen unsere jetzigen Zustände sich weiter verbreitet, sondern daß, wenn einmal ernste Entscheidungen herantreten, Sie wirklich Führer haben und den wirklichen Willen zur gemeinwirtschaftlichen Tat. Das ist Ihre Sache. (Stürmischer Beifall.)

An der Diskussion über die Referate beteiligten sich E n d e r l e (Berlin), D e b r i n g h a u s (Essen) und S t o n i g (Berlin). Die kommuni- stischen Redner betonten in der Hauptfrage, daß erst durch den Sturz des Kapitals die Arbeiterkraft die Wirtschaft in die Hand nehmen und ausbauen könne. Alles andere müsse zu einer neuen Enttäuschung der Arbeiter führen. Gegenüber einer Bemerkung im Vortrag des Herrn Schäfer betont S t o n i g (Berlin), daß die Gewerkschaften kein Interesse daran hätten, die Konkurrenz der gelehrten und ungelehrten Arbeiter zu verschärfen, sondern es komme darauf an, die Arbeitermassen ein- heitlich zu mobilisieren. D e b r i n g h a u s hebt insbesondere hervor, daß die ungeheure Verantwortung der Arbeiterführer im Jahre 1918 davon zurückgehalten habe, mutig noch nicht beschrittene Wege zu gehen. Es komme in der Tat darauf an, die Gewerkschaftskollegen jetzt mit allem Wissen zu bereichern, aber auch dafür zu sorgen, daß dieses Wissen ihren Willen nicht untergrabe.

Nach einem kurzen Schlusswort von Prof. G i r s c h wird folgende Entschließung gegen einige Stimmen angenommen:

Zwölf Jahre nach Kriegsausbruch und beinahe acht Jahre nach Kriegsende hat Europa im ganzen etwa 6 Millionen Arbeits- lose und weitere Millionen Sturzarbeiter. Das sind etwa 5 vH der industriell und gewerblich tätigen Bevölkerung überhaupt. Diese Zahl erscheint noch dadurch klein, daß in den Ländern infunder Valuta eine auf Schleudereport und unwirtschaftlicher Arbeits- verwendung beruhende Scheinkonjunktur herrscht. Während vor dem Weltkrieg der Verbrauch stetig, erreicht der Warenverbrauch Europas heute kaum noch denjenigen vor dem Krieg. Die Herstellungsmög- lichkeit überträgt die damalige weit. Die gesunkene Kaufkraft Mitteleuropas, die gestiegene Herstellungsmöglichkeit und Exportkraft Amerikas machen die Lage der europäischen Wirtschaft als Ganzes sehr viel schwieriger als sie einst war. Dazu kommt die weittragende Wallani- sierung Europas mit etwa 7000 Kilometer neuer Grenzen und mehreren Millionen Menschen, die für die Überwindung dieser Grenzen und zuzufällige Verwaltung neuer Staatengebilde jeder produktiven Arbeit entzogen sind. Die hierdurch schon hervorgerufenen Wirtschaft- und Arbeitschwierigkeit wird durch die Weltbolentzhaft verschärft, die in verringertem Wachsen des Eisenverbrauches eine große Erhöhung erzielt und in dem noch immer nicht vollendeten Abbau der Rüstungsindustrien zudem noch eine unproduktive Ver- wendung für ihre Arbeit findet.

Diese allgemeinen Ursachen der europäischen Arbeitskrise sind in Deutschland noch durch mehrere Umstände verschärft worden. Die Sozialpolitik des Jahres 1925 hat zwar der Landwirtschaft kaum einen Nutzen, allen anderen Gewerben aber schwersten Schaden gebracht. Die allzu ängstliche Kapitalpolitik der Banken, die vergessen haben, daß der kapitalistischen Wirtschaft die Übernahme von Risiko stets zur wichtigsten Rechtfertigung ihres Daseins dient, treibt die sich in Deutschland bildenden freien Kapitalien allzusehr aus der Produktion und mehr und mehr in die Spekulation. Eine falsche Steuerpolitik hat den Verbrauch der Massen verdirbt und diese Verdirbung zu teils weise unproduktiven Ausgaben genügt, eine unrichtige Auslands- kapitalpolitik hat die möglichen Kreditmittel des Auslandes in nicht unerheblichem Maße festgehalten. So ist die deutsche Arbeitskrise über das Maß hinaus, das bei der jetzigen Wirtschaftslage unver- meidlich ist, in vollkommener unnötiger Weise verschärft.

Angesichts dieser schweren Notlage sind folgende Gesichtspunkte in erster Linie hervorzuheben:

1. Das Arbeitsprogramm der Reichsregierung, das seine entzweien- den Anregungen aus dem Programm des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages entnimmt, wird zwar mit einem be- trächtlichen Aufwand an Pressenotizen angeündigt, von ernsthaften Anlässen zu seiner Durchführung ist aber noch wenig zu bemerken.
2. Das gilt insbesondere für die Finanzierung großer produktiver Arbeiten. Nur durch geeignete Auflegung von Anleihen kann ein Teil der jetzt spekulativ, zum Teil sogar im Ausland verwendeten Kapitalien in die produktive Verwendung gezogen werden. Das gilt insbesondere auch von der durch den Reichsfinanzminister nach den erwähnten Reichstagsvorschlägen angekündigten Anleihe für den Wohnungsbau. Nur besteht jetzt die große Gefahr, daß die Monate der Geldflüssigkeit ebenso vorübergehen, wie gleichgültig die Monate der noch möglichen Waagezeit dieses Jahres, ohne daß irgendein ernsthafter Schritt getan wird.
- Der Verbandstag erhebt die dringliche Forderung an Re- gierung und Reichstag, so energisch einzugreifen, daß noch während des laufenden Jahres zum mindesten ein Beginn dieser wichtigen Aktion erfolgt.
3. Die viel getadelten Mißbräuche der Banken bestehen fast unter- andert fort. Insbesondere hat die Reichsbank noch keinen entschei- denden Schritt getan, um durch die Beeinflussung der Kredit- gewährung für die produktive Wirtschaft die übermäßig hohe Zins- spanne der Banken abzubauen und die wirtschaftliche Verwendung

der freien Kapitalien im Sinne eines Produktionsmachens der deutschen Arbeitskraft zu lenken. Die berufenen Vertreter des Kapitalismus verjagen auf diese Weise, die auch dem Kapitalismus innerwohnende Tendenz zur Wiederaufnahme freigesetzter Arbeitskräfte zu beschleunigen. Der europäische Kapitalismus scheint nur die Nachteile und nicht mehr die Vorteile des eigenen Systems entwickeln zu wollen.

4. Die jetzige Arbeitskräftesituation zeigt den Widerspruch der gegenwärtigen Wirtschaftsweise besonders klar. Auf der einen Seite weitgehend ungenutzte Arbeitskräfte, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind. Auf der anderen Seite sind Kapitalisten vorhanden, die Arbeitsangebot und Nachfrage nach Arbeitsprodukt zusammenführen könnten, aber wegen der planlosen Verteilung dieser Wirtschaft, welcher der Spekulationsgewinn höher steht als das Höchstmaß gesellschaftlich erreichbarer Arbeitsleistung, sind Millionen und aber Millionen arbeitslos und bleibt die Gesamtleistung der europäischen Wirtschaft weiter und weiter zurück. Das führt, wie jetzt auch von hervorragender englischer Seite — offensichtlich widerwillig — ausgeführt wurde, in allen Ländern dazu, die Leistung der Wirtschaft und der Wirtschaftsbetriebe aus der kurzfristigen Fehlleitung des augenblicklichen Gewinninteresses des einzelnen in die Richtung planmäßig geordneter Beeinflussung nach dem höchsten Wirtschaftsertrag für die Gesamtheit. Dann erst wird die Rationalisierung der Wirtschaft eine allseitige Verbesserung der Lebenshaltung bedeuten und ein unverhältnismäßig höheres Sozialprodukt für alle Arbeitenden erreicht werden können. Die gegenwärtige Verteilung der europäischen Wirtschaft muß zwangsläufig die Erkenntnis bei allen Beteiligten stärken, daß nur dieser Weg zur Beseitigung der Dauerkrise führt, in die Europa durch imperialistische Politik und planlose, kurzfristige Profitwirtschaft hineingeraten ist.

Gegenüber der Nachstellung des Kapitals in Wirtschaft und Politik gibt es darüber hinaus als stärkstes Kampfmittel nur die stärkste Konzentration und Organisation der Arbeiter- und Angestelltenkräfte, verbunden mit planmäßiger Erziehung zum Klassenbewußtsein, zur Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge und zu festen, unbeeinträchtigen Charakteren. Wirtschaftskrisen und Weltkatastrophen, davon sind wir jetzt überzeugt, werden sich erst in einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verringern und vermeiden lassen. Auf dieses Ziel arbeitet die proletarische Bewegung, arbeitet im besonderen auch die freie Gewerkschaftsbewegung hin.

Am Schluß des dritten Verhandlungstages wurde dann noch folgende Resolution angenommen:

Zum nächsten Male jährt sich heute, am 4. August, der Tag des Attentats auf den Kaiser, der mit dem Beginn des grauenvollen Weltkrieges auch gleichzeitig die alte Arbeiterinternationale verfiel. Obwohl inzwischen die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften zu einem Teil wiederhergestellt und auch der internationale Metallarbeiterverband wieder neu aufgebaut wurde, so erkennt der Verbandstag, daß die Gefahr imperialistischer Kriege und eines neuen Weltkrieges heute nicht minder groß ist als vor 1914. Solange der Kapitalismus besteht, gibt es eine imperialistische Kriegsgefahr.

Endgültig verhindert kann der Ausbruch imperialistischer Kriege nur werden durch die Macht der geschlossenen internationalen Arbeiterklasse und den Sturz der kapitalistischen Herrschaft. Die Herstellung einer wirklichen internationalen Gewerkschaftseinheit, die die Arbeiterklasse aller Völker umfaßt, ist daher das Gebot der Stunde.

Der Verbandstag beschließt alle seine Mitglieder, Funktionäre und führende Verbandsinstanten, unermüdet tätig zu sein, um die internationale proletarische Klassenfront gegen den Kapitalismus zu schaffen. Die gleiche Mahnung richtet er an alle Gewerkschaftsorganisationen der Welt.

Der Donnerstag vereinigte die Delegierten und Gäste bei einem Ausflug nach Helgoland, der vom schönsten Wetter begünstigt war.

Am Freitag und Samstag wurden in der Hauptsache die inneren Angelegenheiten des Verbandes erledigt.

Zunächst wurde noch ein Bericht der Mandatsprüfungskommission mitgeteilt, der sich vor allem um Wahlproteste drehte, die auf Grund eines von der kommunistischen Partei verteilten Flugblattes eingereicht waren, das nach Angabe der Protestler gegen die Beschlüsse des Kasseler Verbandstages und die Bestimmungen des Wahlreglements verstoße, wonach die gesamte Wahllegitimation in sachlicher und kollektiver Form zu führen ist. Dazu wurde folgende Entscheidung der Mandatsprüfungskommission angenommen:

Die Mandatsprüfungskommission erklärt in dem Flugblatt der SPD-Fraktion eine unzulässige Wahllegitimation, die sie berechtigen würde, auf Grund des Wahlreglements die dadurch beeinflussten Wähler für unzulässig zu erklären. Da aber nur ein Teil der auf diese Art beeinflussten Wähler getroffen wurde und die Kommission das Bestehen des Verbandes nach einem besseren Ausgleich und besserer Zusammenarbeit unter den gegebenen Umständen würdigt, nimmt die Kommission den Standpunkt des Verbandes, den Inhalt des Flugblattes nicht als Grund für Unzulässigkeitsbestimmungen zu nehmen, als gegeben hin, weist aber mit allem Nachdruck darauf hin, daß in Zukunft die volle Schärfe des Wahlreglements und des Statuts bei Herangehens solcher Flugblätter durch Angehörige des Verbandes oder durch Auftragsgegner zu Wahrung gelangen müssen.

Hierauf sprach Verbandsvorsitzender Reichel über den im nächsten Jahre in Paris stattfindenden 11. internationalen Metallarbeiterkongress. Er führte in wesentlichen aus: Seit Karl Marx die internationale Arbeiterbewegung gründete, hat sich eine gewaltige wirtschaftliche Entwicklung vollzogen, die Deutschland an die Spitze der weltweiten Länder emporschiebt. Diese Entwicklung hat zugleich die gewaltigste Wirtschaft- und Kulturkrise der Menschheit ausgelöst, die wir kennen. Wichtige Herrütungen der europäischen Wirtschaft mit einhergehendem Verfall der Wirtschaft, Unterbindung der kulturellen und geistigen Beziehungen der Völker und schnelleres Hinsinkeschlagen der asiatischen Völker in die industrielle Wirtschaft sind die hauptsächlichsten Folgen.

Diese katastrophalen Veränderungen in der Wirtschaft der europäischen Völker und ihrer gesamten Beziehungen stellen an die Gewerkschaften und besonders den internationalen Metallarbeiterverband neue und große Aufgaben. Wir stehen am Beginn des Widerstandes. Wenn wir nicht durch geschickte, energiegelandene Einwirkung zum Kapitalismus zurückwenden, diesen Widerstand nur nach sozialistischen Grundsätzen zu vollziehen, wenn hierfür die Voraussetzungen gegeben wären. Das ist aber leider nicht der Fall. Wir müssen die Bewußtsein in den Ländern aus dem Bereich des Kapitalismus und nicht hindern, daß sich der Widerstand der Wirtschaft Europas genügt nach kapitalistischen Gesetzen vollzieht. Wenn das katastrophale Weltproblem Deutschland überlassen kann nur im Sinne einer friedlichen Einwirkung mit dem Ziel der Einbeziehung der Wirtschaft in das deutsche Wirtschaftssystem und damit Aufhebung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu lösen versucht werden. In diesem Zusammenhang ist auf die Erringung der Vereinigten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hingewiesen, die auf dem Wege ist ein mittelalterliches Eisenkartell zu schaffen. Das ist für die Arbeiter und für die Weltbevölkerung eine Katastrophe. Es besteht die Gefahr einer „Nationalisierung“ im Sinne der Selbstverleugung mit dem besten Willen der Arbeiter und der Wirtschaft die gleiche geistige, wirtschaftliche Erziehung unter Erwerbslosen können wir es. Wir treten ein für bessere Arbeitsbedingungen und für eine bessere Organisation der Wirtschaft, fordern aber, daß das Verbot sein muß mit einer Steigerung der Löhne und der Forderung der Ausbreitung der besten Arbeitsbedingungen. Die Ausbreitung der europäischen Wirtschaft ist ein einseitiges Diktat gegenüber der Weltwirtschaft, die Produktionsfähigkeit der Weltwirtschaft aber geringer. Die Welt muß die Arbeitslosen wieder geordnete Beschäftigung erfahren, wenn die Unterbrechung der Weltwirtschaft in Europa und Arbeitsunterbrechungen des Weltmarktes endlich beseitigt werden können. Wir sind der Überzeugung, daß die Weltwirtschaft nur durch die Einwirkung von Lohnarbeitern berufenen ausländischen Stellen ausgebaut werden kann.

Ablehnung dieser Unternehmerrückfälle. Unser Verband und die im internationalen Metallarbeiterbund zusammengeschlossenen Organisationen haben in der Richtung der Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft gewirkt und allgemein, insbesondere aber beim Großkampf in der belgischen Metallindustrie schöne Erfolge erzielt. Darüber hinaus müssen sie zu den großen Wirtschaftskrisen, die Europas Umgestaltung vorbereiten, Stellung nehmen und die Interessen der Metallarbeiter in dem vielgestaltigen Umformungsprozess wahrnehmen. Das können sie nur, wenn ihre Einheit und Schlagkraft erhalten bleibt. Für die Einheit der gewerkschaftlichen Organisationen sind auch wir. Wissen wir doch, welche tiefgehenden Wirkungen zum Beispiel die Verschlagung der italienischen Gewerkschaften zur Folge hatte und nur dadurch der Faschismus zur Herrschaft gelangen konnte. Auch die Entwicklung in Frankreich erfüllt uns bei dem gegenwärtigen Stande der gewerkschaftlichen Organisation und der großen industriellen Ausdehnung mit ernster Sorge. Die Einheit der Gewerkschaften bereiten wir am besten dadurch vor, daß wir unsere eigenen Organisationen weiter stärken und alles Störende von ihnen fernhalten. Es ist erfreulich, Konstatieren zu können, daß die Amsterdamer Internationale in bezug auf das Stärkeverhältnis gegenüber der Moskauer Zentrale in stetigem Vormarsch begriffen ist. Sie war führend in der Vergangenheit und wird dies für die Zukunft erst recht sein. Niemand in der Amsterdamer Internationale lehnt einen Zusammenschluß mit den Mitgliedern der roten Gewerkschaftsinternationale ab. Die Laxe stehen offen. Man will aber von jener Seite einen Zusammenschluß gar nicht ernsthaft, wie die Rede Sinowjews vom 20. Februar 1926 beweist. Davon kann „keine Rede sein von einem separaten Eintritt der russischen Gewerkschaften in die Amsterdamer Internationale“. Er will die Einheit nur „auf dem Boden des Kommunismus, des Leninismus“. Dieser Standpunkt ist für uns undiskutabel. Inzwischen ist auch Sinowjew in die Wüste gedrängt worden, aber eine Veränderung in der tatsächlichen Haltung der Russen hat das offenbar bis jetzt nicht betrifft. Reiner schildert das Zustandekommen der Friedrichshafener Abmachungen und weist nach, daß es durch die Schuld des allrussischen Metallarbeiterverbandes bisher nicht zu den wiederholt beschlossenen Vorverhandlungen zwischen den Bundesinstanzen und dem russischen Metallarbeiterverband gekommen ist. Zum letzten Kongress in Wien konnten sie nicht eingeladen werden, weil der allrussische Verband dem Bund nicht angeschlossen ist. Jetzt liegt ein erneutes Aufnahmegeruch mit der Bereitwilligkeit zu aufzunehmenden Vorverhandlungen vor. Der Bundessekretär Zig hat versucht, einige Punkte im schriftlichen Verkehr zu klären. Und da erfahren wir zu unserer Überraschung und im Gegensatz zu den von den Vertretern des allrussischen Verbandes in Friedrichshafen abgegebenen Erklärungen, wonach man auf die Beitrittsgesuche im Ausland dahin wirken wolle, daß sich die abgeplitterten Teile in den einzelnen Ländern wieder ihrer alten Organisation anschließen, nun die abgeplitterte und die alte Organisation zu einem „nationalen Kongress“ (Einheitskongress) zusammenzutreten sollen mit dem Ziel der „Schaffung einheitlicher nationaler Zentralleitungen auf der Basis proportionaler Vertretungen“. Was wir für unseren Verband mit guten Gründen hinsichtlich der Zusammenfassung der Verbandstage und der Verteilung der Leitung des Verbandes ablehnen, das wird hier für Frankreich, die Tschechoslowakei, Rumänien usw. gefordert. Dieser Weg ist nicht gangbar. Eine Gewerkschaft, die erfolgreich werden will, muß eine geschlossene einheitliche Leitung haben. Und was würde die formale Einheit nützen, wenn unter der Hand die Zellenbildung bestehen bliebe und der bergsteigende Bruderkampf nicht aufhört? So geht es nicht. Darum müssen wir darauf bestehen, daß erst einmal das Vertrauen schwindet, eine gerechte Verteilung unserer Tätigkeit Platz greift und damit die Basis für ein einheitliches Zusammenarbeiten geschaffen wird. Ich weiß wohl, daß die Erfüllung dieser Bedingungen ein Stück Selbstopferung für die Anhänger der Moskauer Internationale bedeutet. Aber der Kampf der Gewerkschaften beschränkt sich ja auch nicht auf die bloße materielle Hebung der Arbeiterklasse, sondern er hebt sie auch moralisch und geistig empor und schafft damit erst die Voraussetzungen für ihre Befreiung. Wenn wir also bessere Methoden für den Auszug unserer Meinungsdivergenzen fordern, so handeln wir damit ganz im Sinne der großen Lehrmeister des Sozialismus. Von diesen Gesichtspunkten aus bitte ich die Arbeiter in den nationalen Organisationen fortzusetzen und in diesem Geiste mit den Metallarbeiterorganisationen des Auslandes zusammenzuarbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Zu der Diskussion erhält Lieberkühner (Berlin) als Vertreter der Kommunisten eine Redezeit von einer halben Stunde. Er tritt in der Frage der Schaffung der Gewerkschaftseinheit erneut für einen gemeinsamen Kongress der beiden Richtungen ein, bei dem die Vertretung auf dem Kongress dem Stärkeverhältnis der Richtungen entspricht und fordert Berücksichtigung der Opposition bei der Zusammenfassung der Delegation für den internationalen Metallarbeiterkongress.

Im Schlußwort widerlegt Reichel einige irrtümliche Auslegungen seiner Rede durch Lieberkühner und weist erneut nach, daß die Vertreter des russischen Metallarbeiterverbandes in ihrem vorletzten Schreiben vor dem Wiener Kongress den Eintritt in die Vorverhandlungen gar nicht mehr beabsichtigen. Die jetzt beantragten Verhandlungen sind vornehmlich in der ersten Hälfte des Februar 1927 statt. Dort wird es sich zeigen müssen, ob die Russen bereit sind, in kollektiver Form mit uns zusammenzuarbeiten und sie ferner gewillt sind, auf ihre Fremde im Ausland dahin einzuwirken, daß 1. die Abplittierungen rückgängig gemacht und 2. Streitfragen in allen Ländern und in der Internationale in harmonischer Weise ausgetragen werden. Folgende Entscheidung wurde hierauf mit großer Mehrheit angenommen:

Der 17. ordentliche Verbandstag in Bremen erneuert und bekräftigt den Beschluß von Kassel zur Frage der Gewerkschaftseinheit und des Ausbrenns des internationalen Metallarbeiterbundes und geht über die Anträge 130, 131, 132, 133, 134, 136 und 137 zur Tagesordnung über. Der Antrag 135 wird dem Vorstand als Material überwiesen.

Zur Vertretung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf dem nächsten internationalen Metallarbeiterkongress 1927 in Paris entsendet er 9 Abgeordnete, die vom Verbandstag in Bremen zu wählen sind.

Als Delegierte für den internationalen Metallarbeiterkongress werden gewählt: Dittmann, Reichel, Kummer, Jerrantrop, Sjöllan (Hambenauer), Bremer (Erfurt), Wolf (Effen), Köpflin (München), Jankel (Schlitz).

Hierauf erledigte der Verbandstag die Beratung des Statuts. Gemäß dem Vorschlag der Statutenberathungskommission wird beschlossen, von einer Beitragserhöhung im Hinblick auf die gegenwärtige Notlage der Kollegen abzugehen und dementsprechend auch von jeder Erhöhung der Unterhaltungen Abstand und Auspruch erhalten aber die Vollmacht, für den Fall, daß die Finanzen des Verbandes das erfordern, Änderungen des im Statut vorgesehenen Beiträge und Unterhaltungen bis zum nächsten Verbandstage vorzunehmen.

Es schlossen sich gemäß einem Antrag des Vorstandes, den die Kommission empfiehlt, die Schaffung einer besonderen Beitragshilfe von 10 % für Angehörige. Der Anteil der Verwaltungen an diesem Beitrag beträgt 5 %.

Zu Beginn der Verhandlung der Beitragsbeiträge wird folgender Antrag des Vorstandes angenommen:

1. Die in handwerklichen Betrieben tätigen Lehrlinge können während der Dauer ihrer Lehrzeit in der 5. Beitragsklasse (gleichzeitig für Familienmitglieder) Beiträge leisten.
2. Die in der Industrie tätigen Lehrlinge können nur im ersten und zweiten Lehrjahr in der 5. Beitragsklasse Beiträge leisten, vom 3. Lehrjahr an sollen diese Lehrlinge mindestens in der 4. Klasse Beiträge entrichten.
3. Die von den Lehrlingen in der 5. Klasse geleisteten Beiträge werden beim Übergang in eine höhere Klasse in Beiträge dieser Klasse umgerechnet. Ergibt diese Umrechnung eine Beitragsleistung von 52 Wochen in einer der Klassen 1 bis 4, dann erhält das Mitglied die für diese Klasse geltende Unterhaltung in der Unterhaltungsstufe, die der Gesamtbeurteilung der Mitgliedschaft entspricht.

Durch den Antrag soll den Lehrlingen die Möglichkeit gegeben werden, nach 156wöchiger Mitgliedschaft in der 5. Klasse die Erwerbslosenunterstützung der 4. Klasse zu beziehen. Durch Umrechnung der bezahlten Beiträge besteht nach längerer Mitgliedschaft auch die Möglichkeit des Einrückens in eine höhere Unterhaltungsstufe, und schließlich soll durch die Anrechnung der gesamten Mitgliedschaftsdauer auch die Ausrückung in eine höhere Stufe der Unterhaltungsstufen möglich sein.

Die Aufnahme von erwerbslosen Metallarbeitern in den Verband wird mit der Begründung abgelehnt, daß es den arbeitslosen Kollegen nicht möglich ist, nennenswerte Beiträge zu zahlen und daß niemand weiß, inwieweit die heute Erwerbslosen wieder in der Metallindustrie Arbeit finden. Außerdem wäre es die Pflicht jedes Arbeitlosen gewesen, dem Verband beizutreten, so lange er noch in Arbeit stand. Die „Laxe des Verbandes“ standen diesen Kollegen offen, es ist ihre eigene Schuld, wenn sie dem Verband nicht beizutreten beizutreten sind.

Die Aufnahme der nach dem 31. Dezember 1921 ausgeschiedenen Mitglieder unter Anrechnung ihrer früheren Mitgliedschaft wird abgelehnt im Hinblick auf die schwere Belastung des Verbandes, die dadurch eintreten würde und um nicht eine Prämie für die zu schaffen, die dem Verband in schwerer Zeit den Rücken gelehrt haben.

Die Verlegung des Verbandssitzes nach Berlin, die diesmal vom Vorstand beantragt war, wird mit genau Zweidrittelmehrheit in namentlicher Abstimmung mit 122 gegen 61 Stimmen beschloffen. Zur Durchführung dieses Beschlusses wird ebenfalls mit Zweidrittelmehrheit folgender Antrag angenommen:

Unter Beachtung des Grundgesetzes, daß durch eine Sitzverlegung die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes nicht in ungünstigem Sinne beeinflusst werden darf, beauftragt der Verbandstag den Vorstand, den Ausschuß und den Erweiterungsbeirat, den Termin der Sitzverlegung zu bestimmen und die sich hieraus ergebenden Änderungen des Statuts vorzunehmen.

Anträge auf Einführung einer Altersversicherung im Verbande werden dem Vorstand zur sorgfältigen Prüfung überwiesen.

Zur Festätigung des bisherigen Zustandes wird im Statut noch ausdrücklich festgelegt, daß zur Teilnahme an den Sitzungen des Engeren Beirats beide Redakteure berechtigt sind.

Das neue Statut tritt am 29. August 1926 in Kraft. In der Endabstimmung über das geänderte Statut wird dieses gegen ganz wenige Stimmen angenommen.

Bei der Wahl des Vorstandes wird auf Vorschlag der Wahlkommission der alte Vorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Das sind:

- Vorsitzende: Brandes, Alwin; Dittmann, Robert; Reichel, Georg.
 Kassierer: Schäfer, Ernst; Schott, Karl.
 Sekretäre: Wuse, Alfons; Handke, Otto; Schlotfeldt, Heinrich; Loh, Otto.

- Beisitzer: Großmann, Friedrich; Faisle, Karl; Lohbühner, Eugen; Kopp, Josef; Schwab, Joh.; Schwengle, Johann; Staiger, Eugen; Stetter, Math.; Wenbler, Emil. — Ersatzleute: Ruhn, Jakob; Banhart, Hermann; Wöhl, Georg; Eisele, Fritz; Fischer, Walter; Schmidt, Friedrich; Brüdner, Paul; Schnell, Paul; Delle, Alfred.
 Mitglieder des Ausschusses: Vorsitzender Weisig, Robert; Stellvertreter Siegel, Josef.

Redakteure: Kummer, Fritz; Gasse, Paul.

Der Verbandstag stimmt dann einmütig einer Entschließung zu, die den italienischen Kollegen in ihrem schweren Kampf gegen den Faschismus die Sympathie des Verbandstages ausdrückt.

Es werden dann noch eine Reihe von Beschwerden erledigt, die meist örtliche Vorgänge betreffen. Abgelehnt wird eine Beschwerde, die sich auf einen Beschluß des letzten Verbandstages bezieht. Dieser hatte auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Fraktionen eine Resolution angenommen, in der sowohl der internationale Arbeiterbeirat als der Arbeiterbeirat die Sympathie ausgesprochen wurde. Später wurde dem Vorstand Material bekannt, woraus hervorging, daß die Forderung nicht den parteipolitischen neutralen Charakter hat, der für die Beschlußfassung in Kassel maßgebend war. So kommt in einem Rundschreiben des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Wingenberg klar zum Ausdruck, daß die Forderung in allen Ländern der absoluten politischen und geschäftlichen Kontrolle der kommunistischen Parteizentrale unterliegt. Daraufhin hat der Vorstand im August 1924 mit dem Beirat die Kasseler Entscheidung aufgehoben. Die Beschwerde der Verwaltungsstelle Stuttgart wird vom Verbandstag zurückgewiesen.

Schließlich wird noch die Gehaltsfrage behandelt und beschlossen, von einer Änderung der Gehälter auf diesem Verbandstag abzusehen, aber den Vorstand und Ausschuß zu beauftragen, dem nächsten Verbandstag eine neue Gehaltskala zu unterbreiten, in der die Gehältern der Vergangenheit, der Aufgabenkreis und die Bedeutung der verschiedenen Instanzen für die Organisation entsprechend gemildert werden. Ferner wird festgelegt, daß in den Verwaltungsstellen Gehälter über die vom Vorstand aufgestellte Skala hinaus nur bezahlt werden dürfen, wenn eine Mitgliederversammlung oder eine Delegiertenkonferenz dem zugestimmt hat.

Als Ort des nächsten Verbandstages wird Karlsruhe bestimmt. In seinem Schlußwort teilt Brandes mit, daß auf des Telegramm des Verbandstages an den Ferienfest des Reichsgerichts betreffend die Entlassung des Delegierten Kollegen Schumann keine Antwort eingegangen sei und der Bremer Senat die Forderung des Verbandstages auf Freigabe der Bremer Arbeiterzeitung abgelehnt habe.

Mit Dankesworten an die Bremer Kollegen und einem kurzen Überblick über die Arbeiten des Verbandstages schließt der Vorsitzende des Verbandes die Tagung mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf den Verband und die internationale Arbeiterbewegung. Die Teilnehmer des Verbandstages fingen zum Abschluß den ersten Vers der Internationale.

Die Teilnehmer des Verbandstages fingen zum Abschluß den ersten Vers der Internationale.

Hilfe für die Streikenden in England

Die am 5. und 6. August in Amsterdam abgehaltene Vorstandssitzung des internationalen Gewerkschaftsbundes befaßte sich eingehend mit der Lage in England und den zugunsten der englischen Kameraden durchgeführten Hilfs- und Unterstützungskaktionen. Im Namen der englischen Gewerkschaften dankte Purcell für die vom IGB und den angeschlossenen Landeszentralen unternommenen Schritte.

Der Vorstand nahm die zwischen dem Generatrat des britischen Gewerkschaftsbundes und dem Sekretariat des IGB geführten Verhandlungen zur Kenntnis.

Ferner wurde mit großer Genugtung zur Kenntnis genommen, daß abgesehen von dem durch Sammlungen aufgebrachtem großen Betrag zur Unterstützung des Generatrats in England, der britischen Gewerkschaftsverband noch eine sehr bedeutende Summe als Anleihe zur Verfügung gestellt wurde, um allen Organisationen, die sich an den britischen Generatrat wenden, die nötige Hilfe gewähren zu können. Auf diese Weise hat der IGB die britischen Gewerkschaften mit einer Summe von rund 1 1/2 Millionen holländischen Gulden unterstützt.

Schließlich nahm der Vorstand einstimmig mit Befriedigung von der Schritten Kenntnis, die das Sekretariat in Sachen der Unterstützung der Vergarbeiter und der übrigen in die Bewegungen der letzten Zeit verwickelten Organisationen unternommen hat. Der Vorstand hofft, daß die bis jetzt an den Tag gelegte Solidarität auch weiterhin zum Ausdruck kommen wird.

Am 9. August erhielt die Leitung des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam vom Generatrat des englischen Gewerkschaftsbundes ein Schreiben, durch das sie in Abereinstimmung mit den für die internationalen Hilfsaktionen bestehenden Bestimmungen ersucht wird, eine Subskription für die englischen Vergarbeiter einzuleiten.

Die Leitung des IGB kommt dieser Aufforderung sofort nach und hat die Landeszentralen bereits ersucht, unverzüglich in der ihnen geeignet erscheinenden Weise Sammlungen einzuleiten. Sie zweifeln nicht daran, daß die internationale Arbeiterchaft mit Freuden bereit ist, den englischen Vergarbeitern in ihrem schweren Kampf beizustehen und ihnen in gleicher Weise wie bei der soeben abgeschlossenen großen Unterstützungskaktion zugunsten der ganzen britischen Gewerkschaftsbewegung internationale Solidarität zu bereifen.

Der große Kampf in Mexiko

S. W. Brown, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Wenn man den großen Kulturkampf in Mexiko verstehen will, so muß man sich über die Rolle der in den Konflikt verwickelten Parteien, das heißt der Kirche, der Arbeiterbewegung und der fremden Konzeptionäre oder mit anderen Worten der Vereinigten Staaten klar sein. Seit 350 Jahren war die Kirche in Mexiko eine große Macht. Sie erwarb riesige Reichtümer, baute mit Gold und Silber ausgestattete Kirchen und tat alles, um Unwissenheit und Aberglaube unter den Arbeitern aufrechtzuerhalten. Immer und immer wieder hat sie ihren Einfluß zugunsten der Reaktion geltend gemacht und Revolution nach Revolution zu ersticken versucht. Ein unparteiischer amerikanischer Journalist sagte vor zickel drei Jahren sein Urteil über die Rolle der Kirche in folgender Freistellung zusammen: „Mindestens ein halbes Jahrhundert lang hat die Kirche für schöpferische Zwecke, für die Festigung normaler Zustände, für die Einführung technischer Fortschritte und für die geordnete Regelung der Angelegenheiten des Landes nicht das geringste getan.“ Immer war die Kirche gegen die Arbeiter und den sozialen Fortschritt. Bei der gegenwärtigen sogenannten „Revolución“ handelt es sich in Wirklichkeit um die Durchführung von Bestimmungen der Verfassung des Jahres 1917, denen zufolge u. a. nur mexikanische Staatsangehörige kirchliche Funktionen ausüben dürfen, die Kirche über keine Besitztümer verfügen und kein Priester die Gesehe und die Verfassung des Landes kritisieren darf. Die Bischöfe wenden sich gegen die Durchführung dieser Klauseln mit dem wirtschaftlichen Postulat und Kirchenherbe. Trotzdem sind aber zurzeit 90 % der Kirchen von den Zivilbehörden übernommen worden. Die scharfe antiklerikale Politik der Regierung ist auf die heimliche, verbissene Feindseligkeit der Geistlichkeit zurückzuführen. Es handelt sich nicht um religiöse Fragen, sondern wieder einmal hat sich die Kirche mit der Reaktion verbunden. Daraufhin deuten auch die scharfen Worte des mexikanischen Präsidenten Calles, der kürzlich in einer Rede ausführte, es gehe endgültig darum, „ob die Revolution über die Reaktion oder die Reaktion über die Revolution siegen soll“.

Die Stellung der Arbeiter in Mexiko ist eine einzigartige. Ihr Einfluß ist äußerst groß, und zwar deshalb, weil sie die für das Land äußerst nötige soziale Organisation anstreben. Es waren die Arbeiter, die nach langer Wirt und zermürender Unfriede mit der Unterstützung der Revolution der Jahre 1917 und 1920 eine Epoche der Ruhe und Ordnung erzwingen. Da Carranza seinen Sieg hauptsächlich den Arbeitern verdankt, war er gezwungen, in der ersten mexikanischen Verfassung fortschrittliche Prinzipien festzulegen. Diese Verfassung geht weiter als die irgendeines Landes und soll mit den Maßstäben von Jahrhunderten aufwachen. Sie legt die staatliche Inhaberschaft der Bodenschätze fest, sie gibt dem Staat das Recht der Enteignung von Land im Interesse der Gemeinschaft, sie verankert den Achtstundentag und enthält weitgehende Gesehe über die Sozialversicherung. Gewerkschaften und Streikrecht sind anerkannt und die Unternehmer zur Annahme des Schiedsgerichtsverfahrens gezwungen. Viele dieser Bestimmungen konnten natürlich nicht von einem Tag zum andern eingeführt werden. Immerhin wurde viel erreicht und besonders die Regierung Oregon, die der jetzigen Regierung voranging, führte zahlreiche praktische Reformen durch. Die Bauern gelangten in den Besitz von Land und es wurden weitgehende Bildungspläne für die Erziehung der großen Mengen von Analphabeten unter den Bauern und Arbeitern aufgestellt. Ein großer Teil der Armee wurde abgebaut und man traf Maßnahmen, um die indische Bevölkerung zu einem verantwortlichen Teil der Bevölkerung zu machen.

Was die Regierung Oregon begann, setzt die Regierung Calles fort. Calles, der die militärischen Kräfte organisierte, die Carranza stürzten, glaubt an die soziale Organisation und die Unabhängigkeit Mexikos.

Oregon und Calles haben im mexikanischen Gewerkschaftsbund einen treuen Bundesgenossen. A. M. Morales, der vor seinem Eintritt in die Regierung das Haupt der Gewerkschaftsbewegung war, setzte sich allzeit für die Vertretung amerikanischer Einmischung ein. Er vertritt eine gemäßigtere Politik, in welcher er vom amerikanischen und panamerikanischen Gewerkschaftsbund unterstützt wird. Auch der gegenwärtige Sekretär des mexikanischen Gewerkschaftsbundes (Crom), Ricardo Trevino, der wie Morales Europa bereist hat, gehört zu den überlegenen Führern des Landes.

Die dritte Macht in der gegenwärtigen Lage Mexikos ist Amerika. Während des dritten Jahres seiner Herrschaft machte die Regierung Diaz große Konzeptionen aller Art an die Kapitalisten der Vereinigten Staaten. Das Grundgesetz des Jahres 1884 gab dem Landbesitzer ein Recht auf alle im Innern des Landes befindlichen natürlichen Reichtümer, Öl inbegriffen. Die Verfassung des Jahres 1917 überträgt jedoch die Besitzrechte von Mineralien auf die Regierung. Fremde Gesellschaften können nur noch auf Grund von Konzeptionen arbeiten, die nur solange gültig sind, als Mineralien auch tatsächlich gefördert werden. Sowohl unter der Regierung Diaz wie auch während der zehn Revolutionsjahre wurden große Vorkommen an amerikanischen Gesellschaften abgegeben, so daß amerikanische Öl-, Gold- und Silbergewinnungsgesellschaften zurzeit die Hälfte der mexikanischen Reichtümer in Händen haben. Diese Gesellschaften werden ihrerseits von einer Reihe von Finanzmagnaten der Wallstreet beherrscht, die allzeit darauf aus sind, eine Intervention Amerikas in Mexiko herbeizuführen. Die mexikanische Regierung war denn auch allzeit dieser Gefahr ausgesetzt.

Diese Frage der U.S.A.-Einmischung beschäftigt nicht nur Mexiko, sondern alle Staaten Zentral- und Südamerikas, die einer nach dem andern amerikanischen Durchdringung zum Opfer fallen. Mexiko, das reichste und stärkste Land der zentralamerikanischen Staaten macht die größten Anstrengungen, um Widerstand zu leisten. Der Fall einer Regierung, die auf allen Gebieten sozialen Wirkens so hohe Ideale verfolgt wie das Kabinett Calles, wäre ein Schlag für die Arbeiter der ganzen Welt.

Tagung der italienischen Gewerkschaften

Die Gewerkschaften unter faschistischer Gewalt Herrschaft

In den Räumen des italienischen Gewerkschaftsbundes in Mailand hat eine Nationaltagung stattgefunden, an der außer den Mitgliedern des Vorstandes und den Bezirksvertrauensmännern die Vertreter der angeschlossenen Zentralverbände teilgenommen haben. Der Zweck der Tagung war die Prüfung der Lage der Organisationen und die Einreichung mehrerer Resolutionen an den Vorstand, die sich mit den Bedürfnissen der italienischen Arbeiterklasse beschäftigen.

Der Diskussion ging ein Bericht des Generalsekretärs des Gewerkschaftsbundes voraus, der Rechenschaft über die Maßnahmen ablegte, die der Gewerkschaftsbund ergriffen hat in Verfolg der Ereignisse vom November 1925, die bekanntlich in der Auflösung aller Arbeitskammern gegipfelt haben. Dieser Bericht bemerkte hauptsächlich des Organisationslebens, daß die Gewerkschaftsbewegung in der letzten Zeit durch verschiedene Zwangsmaßnahmen gehemmt und gestört worden ist, die keinerlei Rechtfertigung beanspruchen können. Unter dieser Maßnahmen sind die wichtigsten die Auflösung der freien Landarbeitergewerkschaften von Rolinella und der Beamten- und Angestelltenvereine in Mailand. Die beiden Vertreter der aufgelösten Landarbeiterorganisationen erstatteten ebenfalls einen Bericht, der mit großer Bewegung aufgenommen wurde. Außer der Auflösung ihrer Organisationen mußten die Landarbeiter von Rolinella auch noch dulden, daß die Gutbesitzer ihnen jede weitere Arbeitsmöglichkeit verweigerten. Der Bundesausschuß hat daraufhin von der Tagung den Auftrag erhalten, jedes ihm zur Verfügung stehende Mittel anzuwenden, den Schwerarbeitern von Rolinella die Festigung zu sichern, auf die sie Anspruch haben. Der Beamten- und Angestelltenverein von Mailand ist dagegen unter dem Vorwand aufgelöst worden, eine Vereinigung zu sein, in der sich Mitglieder der Opposition befinden! In beiden Fällen hat der italienische Gewerkschaftsbund Beschwerde beim Innenministerium eingeleitet. Freilich wird diese Beschwerde nichts nützen.

Die Beschlagnahme der Gewerkschaftsräume und die Gewalttaten gegen einzelne Genossen haben nicht verhindern können, daß die Bewegung in der letzten Zeit selbst unter den schwierigsten Umständen überall gute Fortschritte gemacht hat. Der

Bundesausschuß hat die Tagung auf die Denkschrift hingewiesen, die der Gewerkschaftsbund an die Regierung in Verteidigung der ebenfalls durch die letzte faschistische Gesetzgebung eingeschränkten Freiheit der freien Gewerkschaften gerichtet hat.

Die Tagung diskuterte und billigte einstimmig die Arbeiten des Bundesausschusses für die der internationalen Arbeitskonferenz in Genf gewährte Unterstützung gegen die Maßnahmen der faschistischen Delegierten. Nach Anhörung des Berichtes des Generalsekretärs über die allgemeine moralische und finanzielle Lage des Gewerkschaftsbundes hat die Tagung mit Befriedigung festgestellt, daß der Fortschritt der Bewegung allen Widerständen gegenüber eine gute Aufwärtsentwicklung zeigt. Die Bezirksvertrauensmänner nahmen lebhaften Anteil an der Diskussion, besonders diejenigen, die in dauernder Berührung mit der Arbeiterklasse leben. Ohne sich die Schwierigkeiten zu verhehlen, die der Bewegung durch die Behörden oder einzelne Faschisten erwachsen, waren sie sich einig in dem befreudenden Eindruck, daß die Arbeiten bis heute einen verheißungsvollen Verlauf genommen haben. Es gilt also, in Zukunft die Arbeit mit den Methoden fortzusetzen, die die Erfahrung als wirksam erwiesen hat.

Im übrigen wurde ebenfalls festgestellt, daß in dieser letzten Zeit eine Besserung der Beziehungen zwischen den einzelnen politischen Richtungen innerhalb der Zentralverbände Platz gegriffen hat. Eine bessere Erkenntnis der Erfordernisse, die der Augenblick erfordert, hat den Ausbruch unnützer Streitereien verhindert.

Hinsichtlich der Auswanderungsfrage hielt es die Tagung für angebracht, angesichts der Schwierigkeiten, die sich in verschiedenen Ländern gegen die italienischen Auswanderer erheben, zu versuchen, eine noch innigere Verbündung mit den Arbeitern jener Länder anzustreben, deren Gesehe diese italienischen Auswanderer werden. Zum Zwecke der Verteidigung der italienischen Auswandererinteressen wurde der Generalsekretär beauftragt, an dem im Oktober dieses Jahres in Mexiko stattfindenden Auswandererkongress teilzunehmen. D. Carnevali.

Reichtumszuwachs und Geschäftsart in Amerika

Das amerikanische Bankhaus Dillon, Read & Co. stellte der englischen Wirtschaftszeitschrift Economist eine Übersicht über den Kapitalzuwachs der Vereinigten Staaten im ersten Halbjahr 1926 zur Verfügung. Zu beachten ist dabei, daß es sich nicht um den gesamten Besitzzuwachs der Vereinigten Staaten handelt, sondern lediglich um den Zuwachs an Aktien und Anleihen, der allerdings einen großen Teil des Kapitalzuwachses ausmacht. Nicht eingeschlossen ist insbesondere der Wertzuwachs der privaten Geschäfte, die nicht in Gesellschaftsform betrieben werden, außerdem der Wertzuwachs der Gesellschaften, der aus eigenen Gewinnen stammt. Ferner sind nicht darin enthalten die Erhöhung der Bankkredite, die kurzfristigen Auslandskredite, die Materialvermehrungen usw.

Im Vergleich mit dem ersten Halbjahr der beiden vorhergehenden Jahre sieht dieser Zuwachs an Aktien und Anleihen wie folgt aus:

Gesellschaft	in 1000 Dollars		
	1924	1925	1926
Gesellschaften	1.709.801	2.129.827	2.226.131
Ausländische Regierungen	190.940	184.631	191.099
Landwirtschaftliche Anleihen	125.500	102.597	90.500
Kommunalanleihen	800.425	727.924	623.262
Kanada	22.318	38.658	68.615
Kolonien der Verein. Staaten	5.895	4.050	3.540
Zusammen	2.868.829	3.187.687	3.112.147

Auffallend ist die gewaltige Steigerung des neuen Kapitals in der Spalte „Gesellschaften“, die das eigentliche Anwachsen der Produktionsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft zeigt. Die in Gesellschaftsform betriebenen Geschäfte haben also im ersten Halbjahr 2226 Milliarden Dollar neues Kapital aufgenommen, das sind 9,35 Milliarden Mark, oder auf das Jahr umgerechnet 18,7 Milliarden. Gegen 1924 beträgt der halbjährliche Kapitalzuwachs demnach 3 1/2 Milliarden Mark. Der gesamte Kapitalzuwachs an Aktien und Anleihen würde nach dieser Rechnung für 1926 26 Milliarden Mark betragen.

Die ungeheure Größe dieses Kapitalzuwachses zeigt ein Vergleich mit den entsprechenden deutschen Zahlen der letzten Vorkriegsjahre. 1912 und 1913 betrugten die deutschen Emissionen (Kapitalerhöhungen in Form von Anleihen und Aktien) 2,93 und 2,64 Milliarden Mark, bei einer geschätzten Erhöhung des Gesamtkapitalzuwachses der deutschen Wirtschaft von etwa 10 Milliarden Mark. Wenn zwischen den Emissionen und dem gesamten Kapitalzuwachs in Amerika das gleiche Verhältnis bestünde wie vor dem Kriege in Deutschland, dann müßte der gesamte Kapitalzuwachs in den Vereinigten Staaten für 1926 über 80 Milliarden Mark betragen. Da aber heute ein größerer Teil des zur Verfügung stehenden Kapitals in der Industrie angelegt wird, ist diese Summe geringer. Sie wäre jedoch auch mit 50 Milliarden Mark immer noch sehr hoch und auch, wenn man berücksichtigt, daß die Vereinigten Staaten eine um etwa 70 Prozent höhere Bevölkerung haben als Deutschland vor dem Kriege.

Wie weit sich die Grundzüge, mit denen Amerika derartige Erfolge erzielt, von den deutschen unterscheiden, zeigt ein kurzer Abfah aus einem Artikel des amerikanischen Finanzschriftstellers Garrett. Nachdem er für ständige Erhöhung der Löhne eingetreten ist, sagt er: „Doch die Industrie braucht noch etwas anderes zu ihrem Gedeihen... Die Industrie muß nämlich den Leuten mehr Zeit und Ruhe gönnen, damit sie die geschaffenen Güter genießen und verbrauchen können.“ Eine Verlängerung der Arbeitszeit würde nach Garrett einen furchtbaren Schlag für den Geschäftsgang bedeuten, weil die Leute dann nur noch arbeiten, um ihr nacktes Leben zu fristen und zum Beispiel nicht mehr Auto fahren, demgemäß auch keine Autos mehr kaufen können. Vergleich damit die deutschen Methoden und Ansichten!

Rückständigkeit der Lohnauszahlung in Rußland

Der Erud, das Blatt der russischen Gewerkschaften, vom 19. Juni d. J. Nr. 139 bringt unter der Überschrift: „Der staatliche Maschinenbau“ folgende Ausführungen über die Rückständigkeit der Maschinenindustrie in den Lohnauszahlungen: „In letzter Zeit sind bei der Staatsanwaltschaft des Obersten Gerichts eine Reihe von Klagen über die Verzögerung der Lohnauszahlungen in bezug auf die Arbeiterlöhne eingelaufen. Der Zentralrat der Bauarbeiter teilte im Mai mit, daß bei den Brückenbauten auf verschiedenen Eisenbahnlinien, die von dem Staatlichen Maschinenbau ausgeführt werden, die Lohnauszahlungen systematisch verzögert werden, so daß die Lage der Arbeiter eine überaus schwierige geworden ist. So ist bei den Brückenbauten über die Vereina seit dem 1. April keine Lohnauszahlung erfolgt und die Verzögerung an die Arbeiter hat 100.000 Rubel erreicht. Die Rishni-Kowgarobische Abteilung des Arbeitskommissariats ist gleichfalls bei der dortigen Staatsanwaltschaft infolge der Verzögerung der Lohnauszahlungen bei den Brückenbauten über die Weiluga vorstellig geworden. Die Lage der Arbeiter wird hier noch besonders dadurch verschärft, daß ein Teil der Arbeiter ihrem Abfah entgegengeht und die Arbeiter aus Mangel an Geldmitteln nicht in der Lage sind, wegzufahren, um sich anderwärts nach Arbeit umzusehen. Das führt selbstverständlich zu einer großen Unzufriedenheit und zu Mißbilligungen. Auf die Klage des Zentralrats der Bauarbeiter hat die Leitung des Maschinenbaus mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage ist, in nächster Zeit die Verzögerung zu beenden. Daraufhin sah sich die Staatsanwaltschaft beim höchsten Gericht veranlaßt, ein Strafverfahren gegen die Schuldigen einzuleiten, und der Untersuchungsrichter ist beauftragt worden, das Verfahren unverzüglich einzuleiten. Zugleich wurden die Vertreter des Zentralrats zu einer Erklärung aufgefordert. Sie erklärten der Staatsanwaltschaft, daß in Anbetracht der großen ungelösten Forderungen, die der Maschinenbau gegen andere staatliche Institutionen hat, für ihn nicht die Möglichkeit besteht, die rückständigen Arbeiterlöhne sofort auszuzahlen. Trotzdem hat aber die Staatsanwaltschaft doch erreicht, daß am 10. Juni eine Summe von 30.000 Rubel an-

gefordert worden sind, um die Arbeiterlöhne der Bauarbeiter auszusahlen. Es ist kennzeichnend, daß in Moskau bei der Direktion des Maschinenbaus eine Rückständigkeit der Löhne und Gehälter nicht zu verzeichnen ist.“

Rußland zieht fremdes Kapital ins Land

Rußland braucht zum Aufbau seiner Volkswirtschaft ausländisches Kapital und ausländische Unternehmer und bietet diesen, wie Joffe einem Mitglied des Konzeptionskomitees mitteilte, neue günstige Bedingungen. Ausländische Unternehmer können in Verbindung mit legendem sowjetrussischen privaten oder staatlichen Unternehmen Konzeptionen erhalten. Sie können Maschinen, Werkzeuge und notwendige Einrichtungsgegenstände, ebenso Baumaterial einführen, alle Arten von Fabriken und Werkstätten errichten, qualifizierte Arbeiter und Techniker mitbringen usw. In steuerlicher Hinsicht werden sie den Unternehmungen der Regierung gleichgestellt. Die Bautätigkeit soll durch keinerlei Beschränkungen in bezug auf Mietaufschlag im Begriff, eine Anzahl von Gesuchen zur Ausbeutung von Eisenerz, von Eisenbergwerken und zur Errichtung von Eisenbahnen zu prüfen.

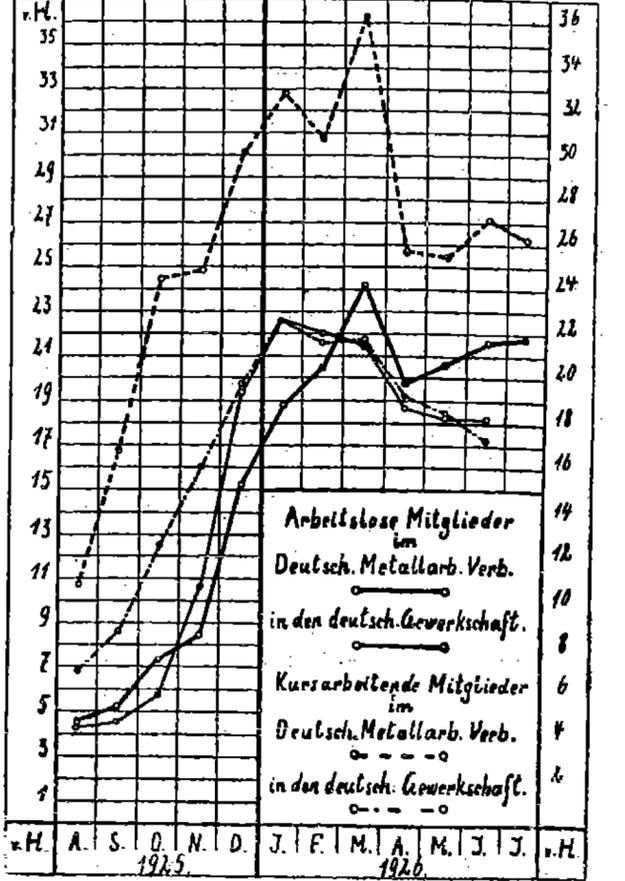
Justizvollstreckung in Nordamerika. Nach einer Mitteilung des vom Amerikanischen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Pressedienstes zufolge sind in Chicago 37 Frauen zu 10 bis 50 Tagen Gefängnis und Büßen von 100 bis 350 Dollar verurteilt worden, weil sie Mitglieder von Gewerkschaften sind und als solche ihre Pflicht erfüllt haben. Diese Mitarbeiterinnen der Gewerkschaftsbewegung sind Bürgerinnen von Chicago und Mitglieder des dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbandes der Damenschneider. Ihr Verbrechen besteht darin, daß sie sich anlässlich eines vor zwei Jahren in Chicago durchgeführten Streikes, der auf Grund eines der verhängten Zwangsurteile des erzkonservativen Richters Sullivan abgewürgt werden sollte, nicht fügten. Einige der Verurteilten haben 4 bis 5 Kinder und erwerbsunfähige Männer. Da sie deshalb gezwungen sind, sich mit den Kindern — zum Teil Säuglingen — im Gefängnis einzustellen, sind die Behörden in größter Verlegenheit. Wahrscheinlich werden die Kinder im Gefängnis in besonderen Räumen untergebracht, so daß sie Gefangene des Staates Illinois werden, weil ihre Mütter die Mütterlichkeit hatten, einer Arbeiterorganisation beizutreten und treue Mitglieder zu sein. Erhöhen von Priestern und Würdenträgern der Gläubigen eingereicht und an den verantwortlichen Richter Frauendelegationen abgedandt wurden, konnte eine Freisprechung nicht erwirkt werden. — Wie man sieht, hat die bayerische Justiz bald überglücklich gefunden.

Ein Riesensflugzeug für transatlantische Fahrten. Der deutsche Flugzeugkonstrukteur Dr. Kumpfer teilte kürzlich auf einer Versammlung der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftschiffahrt in Düsseldorf mit, daß ihm nach fünfjährigen Bemühungen die Konstruktion eines Riesensflugzeuges gelungen sei, das imstande sein soll, 130 Passagiere und 6000 Kilogramm Gepäck, Fracht und Post zu befördern und einen Aktionsradius von 4400 Kilometer besitzt. Das Flugzeug ist mit 10 Motoren und 10 Propellern ausgestattet und soll eine mittlere Geschwindigkeit von 275 Kilometer in der Stunde entwickeln. Das neue Flugzeug soll für den transatlantischen Verkehr vorgesehen sein und die Strecke Hamburg—NewYork mit einer Zwischenlandung auf den Azoren in 36 Stunden zurücklegen. Für die Strecke Hamburg—Rio de Janeiro soll das Flugzeug 80 Stunden brauchen.

Die Arbeitslage in der Metallindustrie

Früher brachten die Frühjahrsmonate regelmäßig eine Belebung des Arbeitsmarktes. Dieses Jahr blieb die Belebung des Beschäftigungsgrades aus. In der Metallindustrie brachten die ersten drei Monate eine beträchtliche Vermehrung der Arbeitslosen als auch der Kurzarbeiter. Die im April einsetzende Belebung hielt nicht an. Im Mai nahm die Erwerbslosigkeit aufs neue zu, im Juni und Juli besiegeln. Die Zahl der Kurzarbeiter erfuhr im Juli einen kleinen Rückgang.

Das Auf und Nieder der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Deutschen Metallarbeiter-Verband und in den deutschen Gewerkschaften zeigt das Schaubild.



In der folgenden Aufstellung kommt die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im DMV noch deutlicher zum Ausdruck.

Monat	Mitglieder in %			Mitglieder in %			
	Arbeitslos	Kursarbeitend	Arbeitslos	Arbeitslos	Kursarbeitend	Arbeitslos	
1925				1926			
Januar	3,2	6,4	9,6	Januar	18,8	32,8	51,6
Juli	3,7	8,0	11,7	Februar	20,4	30,8	51,2
August	4,5	10,7	15,2	März	24,1	36,8	60,9
September	5,1	16,8	21,9	April	19,7	26,7	45,4
Oktober	7,3	24,5	31,8	Mai	20,8	26,4	46,0
November	8,4	24,9	33,3	Juni	21,5	27,0	49,6
Dezember	15,2	30,1	45,3	Juli	21,7	26,2	47,9

Den hohen Grad der Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 1926 ergibt ein Vergleich mit dem Durchschnitt der letzten elf Jahre. Es waren arbeitslos:

1915	1,6 %	1919	2,2 %	1923	9,4 %
1916	0,8 %	1920	2,9 %	1924	17,4 %
1917	0,2 %	1921	2,7 %	1925	6,3 %
1918	0,4 %	1922	0,5 %	1926	20,9 %

